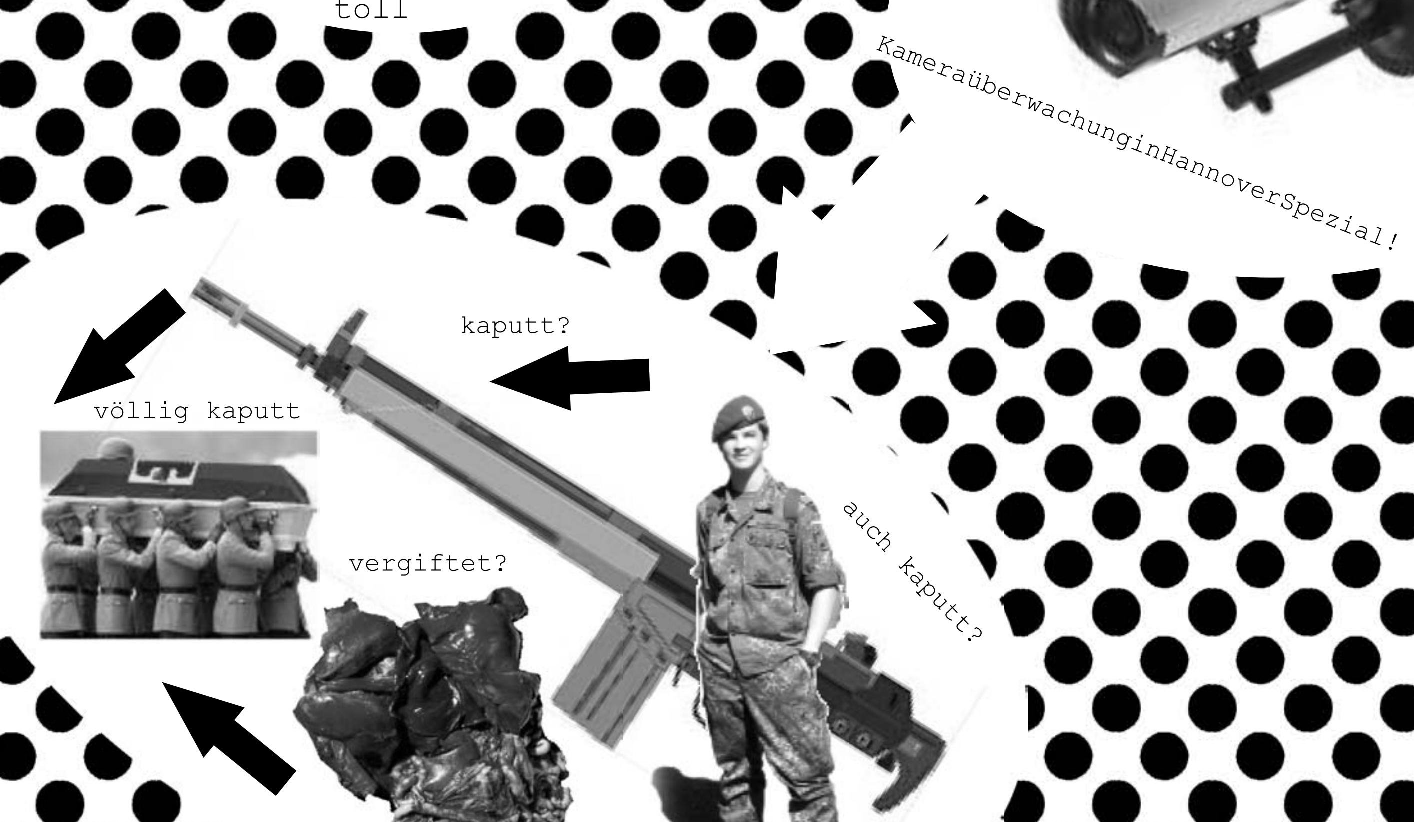


warum
Kameraüberwachung
Gebirgsjägerleberessen
selten betrifft und was
Mörder_innen in Kirchen
machen und wer was dagegen
macht und warum wir
solidarisch kämpfen plus
eine feministische
Kritik. hier drin.
toll

KameraüberwachunginHannoverSpezial!



Hallo liebe Leser_innen,

da sind wir wieder. Wir hatten in Ausgabe Nr. 1 geschrieben, wir würden uns immer dann mit dem Blättchen zu Wort melden, wenn es einen neuen Verfahrensstand gibt oder ihr das Postfach überquellen lasst. Eigentlich ist beides nicht der Fall. Trotzdem freuen wir uns, euch die zweite Ausgabe präsentieren zu können.
Das Rosenpavillon-Verfahren dümpelt, soweit wir wissen, vor sich hin. Die Bullen scheinen es nicht besonders eilig zu haben. Jedenfalls sind uns, auch ein halbes Jahr nach der Hausdurchsuchung, keinerlei Ergebnisse zu DNA-Abgleichungen oder Auswertungen der beschlagnahmten Gegenstände bekannt. Wir wissen aber, dass der Computerschrott aus dem Keller des Beschuldigten beim Versuch der Datenauswertung in **Flammen** aufging. Wenn das nicht mal wieder die Skrupellosigkeit linker Extremist_innen unter Beweis stellt - immerhin hätte das Feuer auf die vollbesetzte Datenverarbeitungsabteilung des LKA übergreifen können.
Es gibt in dieser Ausgabe also nichts neues zum Verfahrensstand, dafür aber eine ausführliche Beschäftigung mit **Kameraüberwachung in Hannover**, die ja im konkreten Fall, das einzige Indiz gegen den Beschuldigten liefert. Für Praxis und Alltag, haben wir ein paar Seiten mit Kamerastandorten ins Heft gequetscht. Es kann ja hilfreich sein zu wissen, wo Bullen und Geschäfte dem Überwachungswahn fröhnen.
Wir haben uns zwar über reges Interesse an unser ersten Ausgabe gefreut. Noch schöner wäre es gewesen, wenn sich dies auch in Zusendungen ausgedrückt hätte. Naja, vielleicht liegts ja auch daran, dass wir uns den Untertitel "gegen Repression und für antimilitaristische Praxis" gegeben haben. Falls das missverstanden wurde, wollen wir gerne darauf hinweisen, dass wir als autonomes Blättchen durchaus auch Artikel zu anderen Themen veröffentlichen würden.
Deshalb haben wir gleich mal einen kurzen Text zur Repression gegen Aktivist_innen mit reingenommen, die gegen das geplante Tierversuchszentrum von Boehringer in Hannover Kirchrode vorgegangen sind. Auch wenn wir finden, dass das mediale Interesse für eine weitergehende Kritik hätte genutzt werden können - schließlich ist **Boehringer** einer der weltweit größten Pharmakonzerne – haben wir uns gefreut, dass soviel los war.
Nochmehr würden wir uns freuen, wenn es endlich eine längere Auswertung der Besetzung und der vielen Aktionen gäbe. Auch der Aspekt der kapitalistischen Profitlogik, die über (menschliche) Leichen geht und deren Skrupellosigkeit in der Pharmabranche mehr als offensichtlich ist, kam unserer Meinung nach zu kurz. Schließlich haben sich Viele aus verschiedenen Motiven an den Aktionen beteiligt. Unglaublich: Polizeipräsident Binias ging sogar soweit besorgt zu vermuten, radikale Autome hätten sich unter die Tierschützer gemischt.
Insgesamt aber super, dass so viel los war und die **Bullen** so dumm da standen. 1000 Robocops räumen zwar 33 friedlich schlafende Besetzer_innen, schaffen es aber nicht, Leute wegen der vielfältigen (auch militanten) Aktionen dingfest zu machen. Das soll auch so bleiben!
Wir können nur annerkennend feststellen, dass ein Lehrstück im Zusammengehen verschiedener Widerstandformen gelungen ist, das in Hannover endlich mal ein wenig Aufruhr erzeugt hat.

autonomes **Blättchen**
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover

Wir sind eine Unterstützungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_innen. Wir unterstützen Alle, die in der Region Hannover der Repression des kriegerischen Deutschland ausgesetzt sind. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit den Folgen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr im hannoverschen Stadtpark

Ihr findet in diesem Blättchen eine **feministische Kritik** an Krieg und Militarismus. Wir haben diesen Text mit hineingenommen, weil zwar gerne vor sich hergetragen wird, dass Miliär und Patriarchat irgendwas miteinander zu tun hätten, es aber kaum Texte zu dem Thema, zudem aus feministischer Sicht, in autonomen Publikationen gibt.

Wie sind **solidarisch** mit denen, die wegen der Aktivitäten gegen den letztjährigen NATO-Gipfel in Strasbourg der Repression ausgesetzt sind. Damit ihr wisst, was der Stand der Verfahren ist, gibt es einen Überblick.
In diesem Sinne solidarische Grüße an alle Kämpfenden und Chaot_innen!

Es gibt übrigens einen neuen Termin für das **Sommerbiwak!** Am 07. August heißt es, die Ärmel hochzukrempeln! Auch dieses Jahr soll schließlich der Widerstand ein Stückchen vorankommen.
Sommerbiwak wegrocken!

Und viel Spaß beim Lesen! Schreibt Artikel für die nächste Ausgabe!
Ach so, unsere **Silvesterparty** war ne super Sause, weit über 500 Gäste, super Stimmung, kaum Stress – vielen Dank an Alle, die geholfen haben! Ihr wart super!
Draußen geblieben ist der Artikel "Angriffsfläche!? Oder ein Abwehrkampf ist ein Abwehrkampf ist ein Abwehrkampf" der "Beauftragten der Selbstorganisation für antimilitaristische Praxis und Aufstand (BeaSoaPA). Er ist draußen geblieben, weil hannoveraner Leser_innen ihn bereits in der Tabula Rasa lesen konnten und er für überregionale Leser_innen, trotz der allgemeinen Kritik an Antifa, wegen der vielen lokalen Bezüge nur bedingt nachvollziehbar wäre. Wer ihn trotzdem lesen will, findet ihn unter http://antimilitarismus.blogsport.de/texte/angiffsflaeche-oder-ein-abwehrkampf oder auf www.tabularasahannover.wordpress.com in der Ausgabe Nr. 51.

Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der/dem Gefangenen perönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der/dem Gefangenen nicht ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der/dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der/dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Kontakt:

autonomes.blaettchen@web.de

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für Nr. 3

Ende April, wenn kein Prozess ansteht.

Im Internet zu Gast bei:

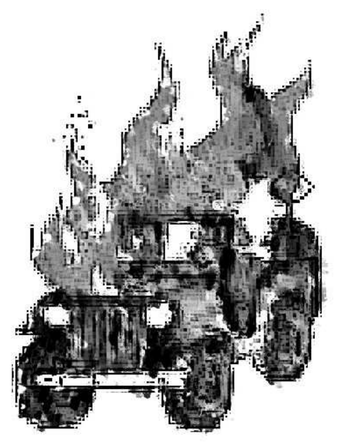
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Dieter Dengler, Waterloostraße 9, H

Inhalt:

Seite 1	**Editorial**
Seite 3	**Von der Verrohung der Sitten** Über die Aktionen gegen die Bundeswehr in der Kirche
Seite 5	**Big Brothers are watching you** Kameraüberwachung in H
Seite 9	**Repression in Strasbourg**
Seite 12	**Repression nach Boehringer**
	feministische Kritik
Seite 26	**Ticker**

Das Layout ist wieder schlicht und unmodern. So lieben wir es. Wenn du unsere Vorliebe nicht teilst, empfehlen wir für zwischendurch spazierengehen, Brille aufsetzen, aus dem Fenster schauen, Schokolade oder Disziplin.
Und nun wünschen wir eine interessante Lektüre.



Für dies Blättchen und für die antimilitaristische Antirepressionsarbeit brauchen wir trotz der vielen Antis Geld. Falls du etwas zu entbehren hast, kannst du es entweder gut verpackt an die Postadresse schicken oder auf folgendes Konto überweisen:

Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 0010 808 858
BLZ: 760 100 85
Stichwort: Biwak 09

Von der Verrohung der Sitten

Am 06.12.2009 wagten sich einige Antimilitarist_innen in eine Kirche. Wer jetzt denkt, sich das Gottesgeschwafel anzuhören, ist doch auch für aufrechte Antimilitarist_innen kein allzu großes Wagnis, täuscht sich. Denn die einschläfernde Langeweile und die mit dem Glauben einhergehende Gefahr der Verdummung war nicht die größte Bedrohung für unsere tapferen Genoss_innen. Die Kirche untermauerte ihre blutige 2000-jährige Tradition der Verbrüderung mit den jeweils Herrschenden nämlich eindrucksvoll durch das Herbeirufen der staatlichen Büttel in Form der Polizei. Diese zeigte sich hoch erfreut, ein erteiltes Hausverbot mit **Zwangsmaßnahmen** und anschließendem Gewahrsam durchsetzen zu können. In eigener Sache fertigten sie dann noch schnell einige Fotos und Fingerabrücke der „Gottesdienststörer“ an. Bis jetzt kommt euch das alles irgendwie bekannt vor?

Blaulicht

Polizei räumt Kirche

▶ Einsatz in der Neustädter Hof- und Stadtkirche (Rote Reihe): Die Polizei hat Sonntag zwölf Demonstranten aus der Kirche getragen. Die Männer und Frauen im Alter zwischen 17 und 40 wollten die Kirche besetzen.

Grund: Sie protestieren gegen das dort geplante Adventskonzert der Bundeswehr am Dienstag. ■

Ihr täuscht euch nicht, bereits vor zwei Jahren wurden Antimilitarist_innen gewaltsam aus einer hannöverschen Kirche geräumt. Da ihr euch jetzt vielleicht fragt, wieso begeben die sich denn immer wieder in **Teufelsküche**, äh pardon ins Gotteshäusle, wollen wir es euch näher erläutern.
Seit sieben Jahren veranstaltet die 1. Panzerdivision aus Hannover Adventskonzerte in hannöverschen Kirchen. 2007 protestierten einige Antimilitarist_innen das erste Mal dagegen.
Vor Beginn des, damals noch öffentlichen, Militärspektakels in der Marktkirche bauten sich einige mit einem Transparent vor dem Altar auf und erklärten, sie würden die Kirche nicht mehr verlassen, solange Soldat_innen anwesend seien. Der damalige Stadtsuperintendent Puschmann belehrte sie eines Besseren und ließ sie nicht gerade zimperlich von den Bullen räumen. Genauso erging es weiteren Aktivist_innen, die nach Beginn des Konzerts mit Parolenschnippselwerfen, Trillern und **Zwischenrufen** störten.
Doch der Pusch-Pastor hatte sich getäuscht: nach Protesten von bundesweiten, auch innerkirchlichen Friedensgruppen sowie von Gemeindemitgliedern sah sich die Marktkirche zum Einlenken genötigt. Es folgte eine Podiumsdiskussion, zwischen Kirchenvorstand, beteiligten Antimilitaris_innen und 250 größtenteils solidarischen Mitdiskutant_innen, in deren Folge die Marktkirche weitere Konzerte mit der Bundeswehr unter Polizeischutz ausschloss. Auch die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs wurden sämtlich eingestellt oder endeten, sehr zum Ärger des Pusch-Manns, mit Freispruch. Lediglich einem besonders tatkräftigen Antimilitaristen wurden 50 Tagessätze dafür aufgebrummt, dass ein besonders dummer Bulle auf sein Knie gefallen war und meinte er sei als das bezeichnet worden, was er nun mal ist, als Arschloch.
Doch wenn man denkt, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo etwas Reaktionäreres her. Und so fand die **1. Panzerdivision** mit der Neustädter Hof- und Stadtkirche schnell einen Ausweichort. Da aber erneute Störungen nicht mehr hingenommen werden sollten, war die Veranstaltung von nun an nur noch auf Einladung zu besuchen. Und die Antimilitarist_innen waren selbstverständlich nicht eingeladen. So gab es 2008 lediglich eine Kundgebung vor der Kirche, an der sich ca. 50 Menschen beteiligten.
2009 wollten sich dann, laut eigener Auskunft, einige Antimilitarist_innen nicht mehr damit begnügen vor der, von ca. 100 Bullen geschützten, Kirche herumzustehen. Deshalb besuchten sie also 2 Tage vor dem Militärkonzert einen Gottesdienst. An dessen Ende gingen sie mit einem Transparent nach vorne und erklärten, dass die Kirche mit dem Konzert der 1. Panzerdivision zur Akzeptanzsteigerung des Militärs und damit auch des Krieges in der Bevölkerung beitragen würde. Weshalb sie nicht wieder gehen würden, wenn die Kirche dieses nicht absage. Der Kirchenvorstand zeigte sich wenig diskussionsfreudig, was zu dem bekannten Ausgang führte. Während des Militärkonzertes in der **Kirche** gab es dann davor ein antimilitaristisches Krachkonzert mit ca. 90 Teilnehmenden, die einfach sehr, sehr laut waren.

Im Nachhinein erklärte der Kirchen-vorstandsvorsitzende Kehler, er sei bereit, die Anzeigen wegen Hausfriedens-bruch zurückzuziehen, wenn im Gegenzug zukünftig auf Aktionen in der Kirche und Störungen von Gottesdiensten verzichtet würde.
Die Besetzer_innen erklärten daraufhin in einem offenen Brief, dass sie gar nicht vorgehabt hätten, Gottesdienste zu stören und dies auch zuküntig nicht planten. Woraus der Kirchenvorstand machte: „Insbesondere lässt die **Reaktion** der Störer nicht erkennen, dass sie ihr Verhalten in Zukunft ändern wird. Nach Auffassung der Neustädter Kirche ist es eine selbst von der Antike her nicht bekannte Verrohung der **Sitten**, politische Auseinandersetzungen in Gottesdienste und Betstätten zu tragen. Zu rechtfertigen ist dieses auch nicht mit einer angeb-lichen Nähe der Kirche zu einem kritisierten System unseres demokratischen Rechtsstaates [...]“ (Fehler im Original)



Anstatt nun zu antworten „Also jetzt hörts aber auf! Eure Dreckskirche ist von der Antike her für Elend und Unter-drückung verantwortlich! Kreuzzüge, Hexenverbrennung, Monarchensalbung, Waffensegnung im Nationalsozialismus und Kriegsverherrlichung jetzt sind Verrohungen, allerdings wohl nicht der christlichen Sitten. Aber eine lächerliche, kleine Mahnwache in eurer Kirche bestimmt nicht! Schert euch zum Teufel! Und übrigens wenns gut für euch läuft, wird eure Kirche nach der Revolution ein Technotempel!“, besannen sich die Antimilitarist_innen wohl oder übel darauf, dass die **Revolution** leider nicht so bald kommen wird, dass deshalb die Bundeswehr und nicht die Kirche vorerst die anzugreifende Gegnerin bleibt und dass die fortschrittlichen Menschen innerhalb der Kirche nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen sind.

Bleibt den geduldigen Genoss_innen nur zu wünschen, dass dies auch Früchte trägt und endlich ein paar Christenmenschen ihre Nächsten- und Friedensliebe wieder entdecken. Denn es ist ja schon ein **Ärgernis**, alle paar Jahre in die Kirche gehen zu müssen, um dann mit einer



Anzeige mehr wieder raus geschliffen zu werden. Außerdem hat sich schon bei der Marktkirche gezeigt, dass ein tatsächliches Einlenken nur auf innerkirchlichen Protest hin zustande kommt. Da dieser aber offensichtlich nicht von alleine entsteht, wurde ein Anfang gemacht und sowohl medial als auch innerkirchlich einiges an Aufmerksamkeit erzeugt.

Insofern: Vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität!

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V. Hannover
Kto.-Nr.: 0010808858
BLZ.: 76010085
Stichwort: Marktkirche

Die Berichte zu den hannoverschen Aktionen gegen Bundeswehr in der Kirche gibt es nachzulesen unter http://antimilitarismus.blogsport.de/archiv/

Big Brothers are watching you

Kameraüberwachung in Hannover

In Hannover wimmelt es vor Kameras. Zigtausende Videoüberwachungseinheiten und hunderte Menschen vor ihren Monitoren beobachten täglich, was auf den Straßen und Plätzen, den Bahnsteigen und in den Bussen, den Bahnen und Taxis, den Parks und Fußgängerzonen, den Geschäften und Gängen, den Toilettenvorräumen und Vorgärten, den Hauseingängen und vor Hauswänden so los ist - sie beobachten, was du so machst in der Stadt. 24 Stunden am Tag.
Wer denkt, hier hinge nicht an fast jeder Straßenecke eine Kamera, irrt. Guck dich um! Allein in der Bahnhof- und Georgstraße und den angrenzenden Geschäften hängen über 500! Jedes Geschäft, jede Ecke, jeder Zentimeter öffentlichen Bereichs wird überwacht. Nur auf Toiletten ist Filmen verboten.



Die Freiheit, die wir meinen...

Aber was heißt das schon. Am Ende findest du eine Auflistung für die Geschäfte in diesem Bereich (ohne Gewähr natürlich).
Viele Kameras sind technisch mittlerweile so gut, dass sie Strecken von mehreren hundert Metern überwachen können. Im Bahnhof z.B.kann jede Person in der hintersten Ecke so weit herangezoomt werden, dass wirklich jeder Krümel zwischen den Zähnen zu erkennen ist. Die Kameras am Hauptbahnhof können noch Menschen, die sich am Kröpcke aufhalten, auf Passbildformat vergrößern. Besser, man weiß das.

In dem Verfahren wegen des versuchten Anschlages auf einen Pavillon im Stadtpark spielt Kameraüberwachung eine entscheidende Rolle:
Die von den Bullen sichergestellten, bei der Aktion offensichtlich benutzten Eimer werden von einer bayerischen Firma vertrieben. Die hat auf Nachfrage mitgeteilt, in welchen hannoverschen Geschäften solche Eimer verkauft werden. Die Bullen haben dann bei diesen Geschäften nachgefragt, wie viele Eimer diesen Typs in den vorangegangenen Wochen verkauft wurden.
Daraufhin wurde das permanent aufgezeichnete Videomaterial von inner- und außerhalb des Baumarktes anhand der Verkaufsdaten gesichtet und der Staatsmacht übergeben.
Aufgrund dieses Videomaterials gibt es nun das Ermittlungsverfahren gegen M., der angeblich auf den Filmen zu erkennen sein soll.
Die Videoüberwachung und -Aufzeichnung des Baumarktes ist nicht durch Beschilderung oder andere geeignete Maßnahmen kenntlich gemacht.
Zwischen dem Verkauf der Eimer, irgendwelcher Eimer, und der Übergabe des Materials an die Bullen vergehen über 3 Wochen. So lange ist es mindestens gespeichert worden.

Natürlich lehnen wir Videoüberwachung grundsätzlich ab. In diesem Fall halten wir es zudem für höchst zweifelhaft, ob dieses Material rechtmäßig erworben wurde. Deswegen einige rechtliche Anmerkungen.

In §4 des Niedersächsischen SOG heißt es: "Eine Maßnahme ist nur solange zulässig, bis ihr Zweck erreicht ist oder es sich zeigt, dass er nicht erreicht werden kann."
Der zu erreichende Zweck einer Videoaufzeichnung in Geschäften, ist die Aufklärung von Diebstahl. Nach gängiger Lehrmeinung dürfen die Daten 3 Tage bis 2 Wochen aufbewahrt werden, wenn sie im o.g. Sinne zweckdienlich zu verwenden sind. Eine dreiwöchige Speicherung der Daten scheint illegal zu sein. Ob die Daten also juristisch, in einem Prozess, verwendet werden dürften, halten wir für fraglich. Dass dies nicht vor Verurteilungen schützt, ist auch klar. Der politischen Justiz ist es im Zweifelsfall recht, illegal erworbenes Material gegen Linke heranzuziehen. Da gibt es ja genügend Erfahrungen.

Nach §6b des BDSG (Bundesdatenschutzgesetz) und §25a des NDSG (Niedersächsischen Datenschutzgesetzes) muss eine mögliche Erfassung durch Videoüberwachung durch "geeignete Maßnahmen erkennbar gemacht werden."
Was dabei als "geeignete Maßnahmen" zu betrachten ist, haben zahlreiche gerichtliche Regelungen in der Vergangenheit konkretisiert: Die Kennzeichnung muss deutlich erkennbar sein, sie darf nicht "versteckt" werden, sie muss für alle Menschen ersichtlich

sein, die in den Bereich des Sichtfeldes der Videokamera geraten.

Zur Zeit gibt es eine öffentliche Debatte darüber, ob die 75 Polizeikameras in Hannover sichtbar gekennzeichnet werden müssen. Laut Gesetz müsste jeder kameraüberwachte Bereich eindeutig als solcher markiert sein. Die Bullen machen das aber nicht. Nur auf einigen Druck von DatenschützerInnen hin, wurden sie genötigt, die Standorte öffentlich zu machen. Am Ende des Artikels ist eine Liste, die etwas genauer ist, als das, was die hannoversche Presse veröffentlichte.

Überwachung wirkt nicht nur, wenn aufgezeichnete Daten von Detektiven, Bullen oder Justiz aus- und verwertet werden. In Bereichen, in denen bekannt ist, dass sie kameraüberwacht werden, verhalten sich Menschen anders, als sie es sonst tun würden. Wo man sich beobachtet fühlt, egal ob man es wird, geht man eher weiter, hält sich nicht auf. So wird öffentlichen Plätzen ihren Potential als Ort sozialer Begegnungen entzogen. Im Wissen um die mögliche Verdächtigung, die allein in der Annahme des beobachtet werdens liegt, reglementieren sich die Menschen selbst. Es treten Verdrängungs- und Verhaltensänderungseffekte auf. So wird durch die Abschaffung unbeaufsichtigter städtischer Flächen, der öffentliche Raum selbst zum Repressionsinstrument. Das ist, nun ja, perverse Scheiße.
Jede Videoüberwachung stellt außerdem - und das ist allgemein anerkannt - einen Eingriff in die Grundrechte der von der Überwachung betroffenen Menschen dar.

Es ist mittlerweile schwer, Kameras überhaupt zu entdecken. Das Objektiv ist oft nicht größer als eine Reißzwecke. Deswegen ist es hilfreich, dass die hannoverschen Polizeikameras nun bekannt sind. Die sind in der Regel zwar groß wie 'ne Flasche Wein, aber nicht immer leicht zu erkennen. Deswegen hier eine Liste. Die unterstrichenen Kameras zeichnen permanent auf und die Daten werden, wenn sie nicht anders von den Bullen verwertet werden sollen, nach 3 Tagen gelöscht. Angeblich. Kontrollieren tut das keineR. Aber bei Bedarf kann auch mit den anderen Kameras aufgezeichnet werden.
Die Auflistung der Kameras in den Geschäften der Bahnhof- und der Georgstr. dient als Beispiel und sie ist sicher nicht vollständig. Vielleicht ist sie aber beim nächsten Aufenthalt in der City hilfreich...

Was es noch nicht gibt, ist eine Auflistung von Kneipen und Cafes, die videoüberwacht sind. Das sind mittlerweile recht viele. Achtet also drauf, wenn ihr euch dort trefft. Oder fragt einfach an der Theke nach. Theoretisch müssen sie es euch sagen.
Im Internet gibt es unter http://osm.leitstelle511.net eine Karte mit Symbolen für alle von fleißigen HelferInnen entdeckten Kameras. Die Auflösung ist nicht so gut, aber es lohnt sich nachzuschauen. Man bekommt einen guten Überblick.
Weitere Infos unter http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover



Hier nun die Auflistung der bekannten Polizeikameras in Hannover:

1	Autobahnkreuz (AK) Buchholz Überleitung	Messeschnellweg (MSW) Richtung Süden, Abfahrt AK Buchholz
2	AK Buchholz Rampe	MSW Richtung Norden, Abfahrt AK Buchholz Rtg. BAB 2
3	Anschlussstelle (AS) Misburg 1	MSW Rtg. Süden hinter Abfahrt Misburg
4	AS Misburg 2	MSW in Höhe Buchholzer Str.
5	AS Weidetor 1	Grünfläche des Kreisels
6	AS Weidetor 2	MSW Stützpfeiler
7	Sortierbereich Eilenriede	MSW Rtg. Süden, hinter Zufahrt Weidetor
8	AS Pferdeturm	MSW Rtg. Süden, Rechtsabbiegerspur
9	AS Bischofshol Nord	MSW Rtg. Süden, hinter Brücke Bischofshol
10	AS Bischofshol Süd	Zuschlagstr. an der Einmündung Bemeroder Str.
11	AK Seehorst West	MSW Rtg. Norden, Abfahrt Rtg. Hameln
12	AK Seelhorst	Hinter der Brücke des Südschnellweges
13	Sortierbereich Mittelfeld	MSW Rtg. Süden, hinter dem Seelhorster Kreuz
14	AS Mittelfeld	Wülfeler Str., Rtg. Garkenburgstr., hinter der Brücke über den MSW
15	AS Messe Nord	MSW-Ausfahrt Messe Nord (Hermesallee)
16	AS Messe Nord	MSW-Ausfahrt Messe Nord (Emmy-Noether-Allee)
17	AS Kronsbergstr.	Messehalle 10
18	B6	B6 Rtg. Hildesheim hinter Abfahrt zur B443

19	Landwehrkreisel	Frankfurter Allee stadtauswärts, Kreiselmitte
20	Tönniesbergkreisel	Mast in Kreiselmitte
21	Ricklinger Kreisel	Frankfurter Allee stadteinwärts, vor dem Kreisel
22	Deisterplatz	Kreiselmitte
23	Berliner Platz	Vahrenwalder Str. Rtg. Flughafenstr., hinter der BAB-Brücke
24	Berliner Allee / Schiffgraben	Rtg. Raschplatzhochstr. vor Schiffgraben, Mittelstreifen
25	Hildesheimerstr. / Südschnellweg	Rtg. Landwehrkreisel, Abfahrt zur Willmerstr.
26	Hildesheimerstr. / Am Mittelfelde	Mittelstreifen
27	Hildesheimerstr. / Kronsbergstr.	Rtg. Kronsberstr., auf Mast Gehweg rechte Seite
28	Kronsberstr. / Karlsruher Str.	Rtg. Süden. Einmündung zur Kronsbergstr.
29	Kronsbergstr. / Gutenbergstr.	Auf Kronsbergstr. aus Rtg. MSW hinter Karl-Legien-Str.
30	Hermesallee / Karlsruher Str.	aus Rtg. MSW Einmündung nach Rechts zur Karlsruher Str.
31	Emmy-Noether-Allee (ENA) / Cousteaustr.	ENA vom MSW kommend hinter Cousteaustr. rechts
32	Hermesturm	Messegelände Eingang Nord
33	Theodor-Heuss-Platz	Clausewitzstr. Rtg. Adenauerallee, vor Querung der Gleise links
34	Jädekamp / Am Leineufer	Leineufer stadteinwärts, zwischen Rechtsabbieger und Radweg
35	Mecklenheidestr. / Am Leineufer	aus Rtg. Mecklenheidestr. kommend, Mittelstreifen vor den Gleisen
36	Herrenhäuser Str. / AS Westschnellweg (WSW)	aus Rtg. Herrenhäuser Str.: WSW Rtg. City, rechts vor WSW-Brücke
37	Schwanenburgkreuzung	WSW Richtung Garbsen, Mittelstreifen vor der Kreuzung
38	Limmerstr. / AS WSW	Rtg. Wunstorfer Landstr.: hinter Ausfahrt WSW, rechts hinter Brücke
39	Wülfeler Str. / Laatzener Straße	Rtg. Wülferoder Str. auf Verkehrsinsel rechts, Bereich zur Laatzener Str.
40	Christuskirche	Arndtstr. Rtg. Königsworther Platz (KWP), hinter Einmündung E-Damm
41	KWP	auf dem Dach des Uni-Hochhauses
42	Goethestr. / Leibnizufer	Leibnizufer Rtg. Brühlstr. auf dem Mittelstreifen
43	Steintor	Goethestr. Rtg. Goseriede, Höhe Lange Laube
44	Goetheplatz	Humboldtstr Rtg. Goetheplatz, rechts an der Kreiseleinfahrt
45	Friederikenplatz	Lavesallee Rtg. Leibnizufer. Mast in Straßenmitte
46	Küchengarten	Blumenauer Str., neben Linksabbieger Rtg. Fössestr.
47	Schwarzer Bär	Blumenauer Str. Rtg. Deisterstr., Einmündung SB rechts
48	Waterlooplatz	Lavesallee stadteinwärts, Grünfläche vor Säule
49	Rudolf-von-Bennigsen-Ufer	Kurt-Schwitters-Platz, neben Linksabbiegerspur Rtg. A.-M.-Ufer
50	Bruchmeisterallee	BMA Rtg. AWD-Arena, Einmündung Arthur-Menge-Ufer, Mast auf Weg
51	Vahrenwalder Str. / Niedersachsenring	stadtauswärts, Gehweg hinter der LSA
52	Vahrenwalder Platz	stadtauswärts, Einmündung Kleiststr., vor LSA-Mast
53	Vahrenwalder Str. / Sahlkamp	stadteinwärts, Linksabbieger Rtg. Sahlkamp
54	Lister Platz	Bödeker Str. Rtg. Ferdinand-Wallbrecht-Str., Höhe Podbi, Mast in Mitte
55	Vier Grenzen	Podbi stadtauswärts Rtg. Am Listholze, Abgang Bahnsteig
56	Arndstr.	Rtg. Hamburger Allee, hinter Bahnbrücke rechts
57	Hamburger Allee / Celler Str.	Mittelstreifen
58	Lister Tor	Bredero-Hochhaus 16. OG
59	Emmichplatz	aus Rtg. Hohenzollernstr., Mittelstreifen neben Linksabbieger F.-B.-Allee
60	Ernst-August-Platz (EAP)	Eingang HBF vom EAP aus, mittlerer Eingang, links neben Säulen
61	Thielenplatz	Gehweg Lavesstr. / Prinzenstr. vor dem Hoteleingang
62	Kröpcke	Rathenaustr. 16 auf dem Dach
63	Berliner Allee / Marienstr.	B.-Allee Rtg. Marienstr. Mittelstreifen vor Kreuzung
64	Braunschweiger Platz	Marienstr. Rtg. Hans-Böckler-Allee, Mittelstreifen vor Kreuzung
65	Podbi / Hermann-Bahlsen-Allee	stadtauswärts, auf Gehweg rechts
66	Aegidientorplatz	Sparkasse, auf dem Dach
67	Hildesheimer Str. / Garkenburgstr.	auf Mittelstreifen neben dem Gleis
68	Lissabonner Allee / Weltausstellungsallee	NILEG-Gebäude Dachecke
69	Landtag	Ggü. Haupteingang
70	Klagesmarkt	Kreiselmitte

71	Am Marstall	Auf dem Parkplatz Höhe Scholvinstr.
72	Karmarschstr. / Marktstr.	Kreuzungsbereich, Decius-Gebäude
73	Trammplatz	Auf dem Dach des Kestner-Museums
74	Haecklstr.	Einmündung Heiligengeiststr., Grünstreifen neben der Fahrbahn
75	Seufzerallee	Rtg. Stadionbad, rechts neben Bushaltestelle AWD-Arena, Nordeingang
76	Weltausstellungsallee	NILEG-Gebäude, Dachecke zum Haupteingang TUI-Arena
77	Schützenplatz	Auf dem Dach des Behördenhauses
78	Opernplatz	vor Georgstr. 44, auf einem Mast

z.B. Geschäfte in der Bahnhofstraße und Georgstraße

Apotheke G7	Georgstraße 7	Videoüberwachung vorhanden
Spinnrad	Georgstraße	Videoüberwachung des Innenbereichs
McDonalds	Georgstraße, Ecke Nordmannpassage	Videokameras im Inneren und eine weitere Kameras zur Überwachung des Gehweges vor der Filiale
Vodafone	Georgstraße	Videoüberwachung vorhanden
Merscher Brillen	Georgstraße 13	Videokamera in Klingelanlage
Burger King	Georgstraße	Flächendeckend überwachende Dom-Kameras
C&A	Georgstraße	Dom-Kameras zur Überwachung
Mont Blanc	Ausgang Kröpcke-Passage	Mindestens zwei Kameras installiert
Bang & Olufssen	Kröpcke-Passage	Dom-Kameras
Khalil Friseur	Kröpcke-Passage	Viele Kameras
Dietels Juwelier	Eingang zur Kröpcke-Passage	Videoüberwachung durch mehrere Kameras
Juwelier L.H.	Rathenaustraße, Eingang zur Kröpcke-Passage	Mehrere Videokameras auf kleiner Fläche
Brandes und Diesing	Rathenaustraße, am Kröpcke	Videoüberwachung vorhanden
Butlers	Rathenaustraße 16, am Kröpcke	Massive Überwachung durch kleine Kameras
Peek & Cloppenburg	Karmarschstraße	Starker Einsatz von Dom-Kameras
Parfümerie Liebe	Karmarschstraße	Dom-Kamera-Überwachung
Douglas	Karmarschstraße 26	Massiver Einsatz von Dom-Kameras
Vero Moda	Karmarschstraße	Videoüberwachung vorhanden
Schmelz Reformhaus	Karmarschstraße 16	Starke Videoüberwachung
Ernst-August Apotheke	Karmarschstraße	Viel Videoüberwachung auf kleiner Fläche
citibank	Karmarschstraße	Massive Videoüberwachung
Wormland	Karmarschstraße	Mehrere Videokameras
Blue House	Karmarschstraße	Videoüberwachung
McDöner	Karmarschstraße, am Kröpcke	Versteckte bzw. unauffällige Videokamera
Eiscafe Giovanni L.	Georgstraße 22	Massive Videoüberwachung durch kleine unscheinbare Kameras
T-Punkt	Georgstraße	Videoüberwachung vorhanden
Bjijou Brigitte	Georgstraße	Videoüberwachung vorhanden
Apollo-Optik	Georgstraße	Dom-Kamera zur Überwachung
Deichmann	Georgstraße	Massive Videoüberwachung
Douglas	Georgstraße	Etliche Dom-Kameras, flächendeckend überwachend
Europa-Apotheke	Georgstraße	Mindestens drei Videokameras
H & M	Georgstraße	Videoüberwachung durch unauffällige Dome-Kameras
Esprit	Georgstraße	Videoüberwachung im Schmuckbereich
Lehmanns	Georgstraße	Videoüberwachung vorhanden
Horstmann und Sander	Georgstraße	Unzählige Dom-Kameras
Photo-Dose	Georgstraße,	Keine Kamera sichtbar
H und R Schuhe	Georgstraße,Ecke Schmiedestraße	Mindestens sieben Videokameras im Erdgeschoss.
Schuh-Opitz	Georgstraße	Mindestens eine Kamera im Geschäft
Zahnarztpraxis	Georgstraße 2	Videoüberwachung in Klingelschild
Karstadt	Georgstraße	Massive Überwachung mit Dom-Kameras
Wempe Juwelier	Georgstraße 27	Massive Überwachung von Dom-Kameras im Laden, im überdachten Schaufensterbereich aber auch außen an der Wand

Gisy	Georgstraße	Viele Dom-Kameras innen und eine weitere im Außenbereich
McDonalds	Große Packhoffstr.	Dom-Kameras zur flächendeckenden Überwachung aller Innenräume
Douglas	Georgstraße, Ecke Große Packhoffstr.	Videoüberwachung sehr stark
Christ Juwelier	Georgstraße	Videoüberwachung innen
H & M	Ecke Bahnhofstraße / Georgstraße	Viele Kameras im Laden
Schmorl u. v. Seefeld	Bahnhofstraße	Keine sichtbaren Videokameras zu entdecken Deutliche Kennzeichnung von Videoüberwachung an Eingangstüren.
Sparkasse	Bahnhofstraße 12/13	Massive Videoüberwachung innen, eine weitere Dom-Kamera zur Überwachung des öffentlichen Raums um den Geldautomaten herum.
Eingang zum Hinterhof (Ärztehaus und "Haus der Sparkasse")	Bahnhofstraße 12	Eine Kamera zur Überwachung des öffentlichen Raums
Galeria Kaufhof	Bahnhofstraße	Massive Überwachung durch Dom-Kameras
Ernst-August-Apotheke	Bahnhofstraße	Kleine, sehr gut versteckte Videokameras
Nordsee	Bahnhofstraße	Keine Kamera sichtbar, jedoch als überwacht gekennzeichnet
New Yorker	Bahnhofstraße	Mehrere Kameras. "Vorbildliche Tarnung" der Kameras durch Integration in Deckengestaltung.
Mc Donalds	Bahnhofstraße / Ernst-August-Markthalle	Eine Dom-Kamera im Kundenthekenbereich. Kamera hinter baulichem Sturz "versteckt".
Deutsche Rentenversicherung	Bahnhofstraße 8	Videoüberwachung an Klingelanlage Kamera erfasst den öffentlichen Bereich der Fußgängerzone vor dem Eingang.
T-Punkt	Bahnhofstraße	Videoüberwachung
Löwen-Apotheke	Bahnhofstraße, am Kröpcke	Unauffällige Videoüberwachung
Unikat Schmuck	Im Kröpcke-Center	Kamera, die im Innenraum vom Sichtfeld auch den Gehweg mit erfasst
Vodafone	Rathenaustr., am Kröpcke	Starke Dom-Kamera-Überwachung

Zur Repression nach den Anti-NATO-Protesten in Strasbourg

Im Folgenden wollen wir einen stichpunktartigen Überblick zu den Ereignissen während des NATO-Gipfels in Strasbourg im April 2009 geben. Oft wird vergessen, dass die Repressionen für die Betroffenen noch lange nach dem eigentlichen Protesten spürbar sind. Immer noch stehen Prozesse aus und Menschen sitzen im Knast. Dies sollte kein Thema sein, an dem sich einzelne Gruppen speziell abarbeiten, vielmehr sollte Solidarität aus den politischen Aktivitäten aller hervorgehen und allgegenwärtig sein.



Auch die aktuellen Beispiele in Kopenhagen zeigen, dass die Unterdrückung von Protest mit staatlichen Mitteln jeden Menschen treffen kann. Die einzelnen europäischen Polizeibehörden arbeiten immer besser zusammen und tauschen „Strategien zur Aufstandsbekämpfung“ aus und nennen es „Managing Crowds“. Demzufolge ist es offensichtlich, dass Antirepressionsarbeit besser vernetzt werden muss und nicht den Charakter eines Events haben kann. Ein Denken in Schwarz-Weiß-Schemata, bezüglich unterschiedlicher Protestformen und darauf folgende Repression, erübrigt sich bei mehr als tausend Festnahmen. Die Null-Toleranz-Einstellung der EU-Polizeien und Behörden ist deutlich geworden, lasst uns ihr entschlossen entgegentreten. Bei Interesse und Fragen wendet euch an strasbourgsoli@riseup.net

Übersicht:

- 1700 gemeldete Polizeiübergriffe
- 464 bestätigte Ingewahrsamnahmen
- 16 Verfahren davon 3 Schnellverfahren und 3 Berufungsverfahren
- 11 Inhaftierungen davon 3 noch inhaftiert

Im Einzelnen:

Daniel:

06. April 2009 Schnellverfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Tragen einer Waffe der Kategorie 6 (Handbeil)
Urteil: 3 Monate Haft auf Bewährung und 3 Jahre Einreiseverbot nach Frankreich (es wurde kein Widerspruch eingelegt)

Jan:

April 2009 Schnellverfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Anteilnahme an einer bewaffneten Zusammenrottung und tragen einer Waffe der Kategorie 6 (Eisenstange). Eine Waffe der Kategorie 6 kann alles, von einer Schere bis zu einer Pistole, sein.

Urteil: 6 Monate Haft ohne Bewährung und zum sofortigen Vollzug ausgesetzt und 3 Jahre Einreiseverbot nach Frankreich (Widerspruch wurde eingelegt)

29. Juli 2009 Berufungsverhandlung in Colmar
Urteil der zweiten Instanz (Berufung): Freispruch

05. August 2009 Staatsanwaltschaft geht in Revision
Das Urteil vom 29.Juli 2009 wird nun vor dem Revisionsgericht (Cour de Cassasion) in Paris angefochten (höchste Instanz in Frankreich). Jan braucht/darf nicht anwesend sein, es geht nur um das Vergleichen von Paragraphen die den Prozess betreffen können und das Überprüfen der richterlichen Entscheidung auf der Grundlage des geltenden Rechts.
Es gibt 3 Möglichkeiten:

1.) Eine Bestätigung des Freispruchs
2.) Eine Bestätigung des Urteils der ersten Instanz vom 06.April 2009, dann wäre noch ein Monat Haft offen
3.) Das gesamte Verfahren wird vor einem anderen Gericht von vorn

- aufgerollt

Philipp:

06. April 2009 Schnellverfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Schwere Gewalttat (Steinwurf auf Polizisten, „erschwert“ durch „Waffe“ (Stein) und dadurch, dass die Polizeibeamten als solche erkennbar waren. Es gab jedoch keinen Schaden oder Geschädigte
Urteil: 6 Monate Haft ohne Bewährung zum sofortigen Vollzug ausgesetzt (Widerspruch wurde eingelegt)

05. August 2009 Berufungsverhandlung in Colmar
Urteil: Philipp wurde am 05.August vorläufig freigelassen und nach Deutschland abgeschoben. Gegen die Abschiebung wurde geklagt. Die Klage war erfolgreich.
Nach dem zweiten Prozesstag am 19.Oktober 2009 wurde Phillips Strafe von 6 Monaten Haft auf zwei Monate Bewährung herunter gesetzt. Es gab keinen Freispruch und dadurch hat Phillip auch keinen Anspruch auf Haftentschädigung, obwohl er, nach dem neuen Urteil, nicht hätte in Haft genommen werden können.
Erst nach mehreren Anfragen der Anwältin, an das Gericht in Colmar, erhielt Philipp nach gut 4 Monaten eine Urteilsbegründung. Philipp ist gegen das Urteil in Revision gegangen.



Matthias:

05. Mai 2009 Verfahren in Strassbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Schwere Gewalt, Steinwurf und das Verletzen eines Polizeibeamten (Handgelenk gebrochen)

Urteil: Ein Schnellverfahren am 06.April 2009 wurde durch den Anwalt abgelehnt. Das Verfahren am 05.Mai 2009 brachte Matthias 6 Monate Haft ohne Bewährung zum sofortigen Vollzug, 3 Jahre Einreiseverbot nach Frankreich und 1.000 Euro Schmerzensgeld als Vorabzahlung für einen Polizeibeamten ein. Der Polizeibeamte hat sich, nach eigenen Angaben, bei der Verhaftung durch eigenes Verschulden das Handgelenk gebrochen hat. Ein zivilrechtlicher Prozess wurde für den 2.November anberaumt. (Widerspruch wurde eingelegt)

19. August 2009 Berufungsverhandlung in Colmar
Urteil: 6 Monate Haft, 5 Jahre Einreiseverbot nach Frankreich und 2.000 Euro Schmerzensgeld als Vorabzahlung. Am 25.August wurde Matthias aus der Haft entlassen und nach Deutschland abgeschoben. Gegen die Abschiebung wurde nicht geklagt, da sie auf der Grundlage des Einreiseverbotes legal ist. 7 Monate nach der vorgeworfenen Tat gibt es noch kein medizinisches Gutachten, daher wurde

das zivilrechtliche Verfahren auf den 15.03.2010 verschoben.

Benoit, Adrien, Simon:

05. Mai 2009 Verfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Kauf brennbarer Flüssigkeiten in einem Supermarkt (Auchan) und damit einhergehend die Behauptung Brandsätze bauen gewollt zu haben
Urteil: Das Schnellverfahren am 06.April 2009 wurde durch die Anwälte abgelehnt. Das Verfahren am 05.Mai 2009 wurde wegen Verfahrensfehlern ausgesetzt. Die drei Aktivisten kamen frei.

22.06.2009 erneutes Verfahren gegen Benoit, Adrien und Simon (Tribunal de Grande Instance)
Urteil: Nachdem die Staatsanwaltschaft gegen die Verfahrenseinstellung erfolgreich Einspruch eingelegt hatte, wurden die drei Aktivisten zu jeweils vier Monaten auf Bewährung verurteilt. Dadurch entfällt ein Anspruch auf Haftentschädigung (siehe Philipp)



Dogus:

12.Mai 2009 Verfahren in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Komplizenschaft bei einer Aggression. Er soll ein Feuerzeug an den hinter ihm auf dem Scooter sitzenden Sozius gereicht haben. Dieser soll damit einen Feuerwerkskörper entzündet haben. Ein Polizeibeamter wird davon am Hosenbein getroffen , welches Feuer fängt und angeblich eine Verletzung am Fuß des Beamten hervorruft. Die Staatsanwaltschaft konstruiert eine erhöhte Gewaltbereitschaft, auf Grund des „Banlieue-Hintergrunds“ von Dogus.
Sein eigener Anwalt argumentiert mit der Dummheit und der eher unpolitischen Einstellung des Angeklagten. Eine exemplarisch rassistische Prozessführung.

Urteil: 3 Jahre Haft, davon 2 auf Bewährung. Es wurde kein Widerspruch eingelegt.

Nicolas:

05.Mai 2009 Verhandlung in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Gewalt gegen Polizeibeamte. Angeblich soll sich der Aktivist gegen seine Festnahme gewährt und gebissen haben.

Urteil: 1 Jahr Haft, davon 6 Monate auf Bewährung ausgesetzt. Es wurde kein Widerspruch eingelegt. Auch Nicolas ist mittlerweile wieder frei.

Benni:

09.Oktober 2009 Verhandlung in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Sprühen eines „Anarchie A`s“ an eine Kasernenmauer

Urteil: 2 Monate Haft auf Bewährung. Es wurde kein Widerspruch eingelegt.

„Aktivistin mit Stock“:

18.Mai 2009 Verhandlung in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Tragen einer Waffe der Kategorie 6 (Holzstock). Eine Waffe der Kategorie 6 kann alles, von einer Schere bis zu einer Pistole, sein.

Urteil: Freispruch

Aktivist aus Toulouse:

25. Juni 2009 Verhandlung in Strassbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Tragen einer Waffe der Kategorie 6 (7cm langes Schweizer Taschenmesser im Rucksack)

Urteil: Freispruch

Nikita und Tom:

16. November 2009 Verhandlung in Strasbourg (Tribunal de Grande Instance)
Tatvorwurf: Brandstiftung und Plünderung in der Zollstation an der Europabrücke

Urteil: 4 Jahre Haft, davon 2 auf Bewährung

Die Infos haben wir von breakout.blogsport.de
Da gibt's auch mehr zu dem Thema.

Repression nach der Boehringer-Räumung

Auch der Widerstand gegen das von der Firma Boehringer Ingelheim geplante Tierversuchslabor in Hannover Kirchrode rückte in letzter Zeit verstärkt in die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes.

Als die Widerbestzung des Boehringergeländes in Hannover Krichrode geräumt wurde erfolgten zahlreiche Direkte Aktionen in der Stadt die zum Teil erhebliche Sachschäden produzierten.

Die an öffentlichen Protestaktionen beteiligten Aktivist_innen wurden mit Verfahren überzogen, die Ermittlungen des Staatzschutzes im Zusammenhang anderen Aktionsformen laufen dagegen bis heute größtenteils ins Leere.

Bereits an dem angestrengten Prozess gegen zwei Personen wegen Sachbeschädigung durch Feuer lässt sich erkennen, wie groß der Druck auf den Staatsschutz ist gerichtsverwertbare Ergebnisse zu produzieren. Hierbei wurde den beiden Personen vorgeworfen angeblich einen Müllcontainer in Brand gesteckt zu haben. Einziger Verdachtsmoment dabei war, dass die besagten Personen Stunden vor der Brandstiftung schwarz bekleidet und auf Fahrrädern in eine Personalienkontrolle gerieten. Nun hatten aber Zeugen zwei schwarz gekleidete Personen auf Fahrrädern beim Anzünden der Container beobachtet. Einer der beiden Prozesstermine fand bereits statt und endete wie zu erwarten war mit einem glatten Freispruch.

Ebenso erhielten mindestens 2 Aktivist_innen unangemeldete Besuche von Staatsschützern, die an Details ihres politischen Engagments sowie Ihren Kontakten zur Tierrechtsszene Interesse zeigten. Auch weitere Observationen von Aktivist_innen durch zivile Ermittler wurden beobachtet.

Insgesamt 24 Verfahren gegen Aktivist_innen sind bisher dokumentiert, darunter fallen zusätzlich zu den 2 bereits genannten:

-16 Strafbefehle à 15 Tagessätzen die wegen des Tatbestandes des Hausfriedensbruchs im Zusammenhang mit der Widerbesetzung des zuvor geräumten Geländes verhängt wurden. Gegen diese Strafbefehle wurde Widerspruch eingelegt, so dass demnächst mit Prozessen zu rechnen ist.

-1 Verfahren wegen unangemeldeter Versammlung am ersten Tag der ersten Besetzung

-5 Verfahren wegen Hausfriedensbruchs aufgrund einer spontanen Protestaktion auf dem Gelände einer Abrissfirma. Diese hatte im Zuge der Räumung die auf dem Gelände stehenden Hütten platt gemacht. Diese Verfahren wurden bereits eingestellt.

Insbesondere Aufgrund der großen Anzahl der Verfahren sind die Aktivist_innen trotz der bereits veranstalteten Solipartys weiterhin auf finanzielle und personelle Unterstützung angewiesen. Spendenkonto und weiter Infos auf boehringerbesetzung.blogsport.de.

Wir müssen uns mehr einmischen!

Feministisches Positionspapier zum Thema Militarismus, Militarisierung der Gesellschaft und Kriegspolitik

Wir sind eine Gruppe von Frauen_Lesben, die sich entschieden hat zum Thema „Militarismus, Militarisierung der Gesellschaft und Kriegspolitik“zu arbeiten. Der wiederauferstandenen aggressiven Kriegspolitik der BRD kommtweltweit eine bedeutende Rolle zu, deren Auswirkungen wir nicht tatenlos hinnehmen wollen.

Wir haben uns für die Erarbeitung dieses Positionspapiers entschieden, weil es uns selbst und vielleicht anderen als Grundlage dienen kann, um sich als Feministinnen praktisch in die Anti-Kriegs-Aktivitäten einklinken zu können. Mit der zunehmenden Militarisierung nach innen und außen und der direkten Kriegsbeteiligung der BRD in anderen Teilen der Welt haben sich in den letzten Jahren wieder mehr Gruppen dagegen organisiert. Die Palette der Widerstandsaktionen ist breit: Sie reicht von Veranstaltungen und Demonstrationen bis hin zu militanten Angriffen auf militärische Einrichtungen und Institutionen, die mit dem Militär zusammen arbeiten.
Neue Initiativen haben sich gegründet (Aktionsbündnisse aus Anlass der Feierlichkeiten

zum 60jährigen Bestehen der NATO im April 2009) und schon lange existierende erhalten immer mehr Zulauf (Aktionsbündnisse gegen die Gelöbnisfeiern der Bundeswehr, die – inzwischen erfolgreiche - Kampagne gegen den geplanten Bau des sogenannten „Bombodroms“ in der Kyritz-Ruppiner Heide, das Aktionsbündnis „Bundeswehr wegtreten“, etc.).
Dabei fehlt meistens ein feministischer antipatriarchaler Ansatz. Aus diesem Grund hat sich Ende 2008 ein Bündnis von Frauen_ Lesben_Transgender gebildet, das diese „Lücke“ füllen will.

„Frieden im Patriarchat ist Krieg für Frauen im Alltag.“

Gewaltverhältnisse bzw. Macht- und Unterdrückungsverhältnisse gegen Frauen existieren sowohl in sogenannten Friedenszeiten als auch in Kriegszeiten. Wenn Kriege vorbereitet oder durchgeführt werden, verschärft sich die patriarchale Zurichtung: die heterosexuellen Normen und das Herstellen eines gemeinsamen verpflichtenden gesellschaftlichen Konsenses werden verstärkt.
Die Frauenbewegung setzt sich seit Jahrzehnten mit der alltäglichen Gewalt und den ungleichen Machtstrukturen auseinander. Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Militarismus als patriarchale Ideologie ist leider zurückgegangen und beginnt erst jetzt wieder in die Diskussionen einzufließen. Es fehlt oft das Bewusstsein über die Unteilbarkeit der Kämpfe gegen **alle** Unterdrückungs- und Ausbeutungs-verhältnisse.
Erst durch dieses Bewusstsein wenden wir uns gegen das Be**herr**scherprinzip, das Unterschiede wie z. B. Hautfarbe/Herkunft und Geschlecht konstruiert, um Über- und Unterordnungen zu begründen.
Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum es nach wie vor unabdingbar ist, dass feministische Positionen in sämtliche gesellschaftliche Bereiche eingebracht werden müssen, wenn wir wirklich für die Abschaffung aller hierarchischen Herrschaftsstrukturen kämpfen.
Unsere Analyse erhebt nicht den Anspruch alles erfasst zu haben, was eine Bedeutung in Bezug auf die Kriegspolitik der BRD hat – das können wir nicht leisten. Wir haben versucht uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, um deutlich werden zu lassen, wohin die aggressive Militärpolitik führt, wenn es uns nicht gelingt sie zu stoppen. Das Problem ist: die Zeit läuft uns davon! Fast täglich hören oder lesen wir von neuen üblen Machenschaften, welche die Herrschenden in Gang setzen: ob es neue Gesetze sind oder Verfassungsänderungen – sie ziehen ihre Strategie in rasendem Tempo durch. Lassen wir uns davon nicht entmutigen!

Wie kapitalistisches Patriarchat, Militarismus und Kriege zusammenhängen

Das kapitalistische Patriarchat dominiert heute weltweit und hat sich als Ordnungsprinzip weitgehend durchgesetzt. Kapitalistisches Patriarchat, Militarismus und Kriege gehören zusammen. Die direkte Verknüpfung von Militär und patriarchaler Geschlechterordnung ergibt sich historisch aus der Einführung der Wehrpflicht für Männer zu Beginn des 19. Jahrhunderts und der Verknüpfung von Staatsbürgerrechten und Militärdienst. Die Gewährung der Bürgerrechte im Nationalstaat europäischer Prägung war daran gebunden, Waffen tragen zu dürfen und den Staat verteidigen zu müssen. Frauen wurden somit qua ihrer Geschlechtszugehörigkeit von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Damit zog das Militär eine Trennlinie zwischen allen Frauen und allen Männern und markierte auf diese Weise die Bedeutung des Geschlechts als zentrales gesellschaftliches Organisationsprinzip. Waffen zu besitzen und mit ihnen umzugehen wurde somit zum männlichen Privileg. Waffen werden nicht nur in Kriegen eingesetzt. Auch in sog. Friedenszeiten steigert Waffenpräsenz im Alltag das Ausmaß der innergesellschaftlichen Gewalt. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei häuslichen Auseinandersetzungen eine Frau ermordet wird, ist erheblich höher, wenn eine Schusswaffe greifbar ist. So sind z.B. in der
Schweiz, wo die Reservisten ihre Armeewaffen zu Hause aufbewahren, Schusswaffen nach dem Straßenverkehr das größte Sicherheitsrisiko: „Familienmorde“ machen 46 Prozent aller Tötungsdelikte aus - damit hält die Schweiz einen traurigen Weltrekord - Opfer von sogenannten Familien- und Beziehungsdramen sind vor allem Frauen und Kinder, Täter sind in den allermeisten Fällen Männer.

Die patriarchale Ordnung baut auf der Produktion und ständigen Reproduktion vonzwei Geschlechtern auf. Es wird eine Einteilung der Menschen in die zwei Kategorien „Frau“ und „Mann“ betrieben, denen jeweils bestimmte Eigenschaften und

gesellschaftliche Bereiche und Aufgaben zugeschrieben werden. Mit der Zuschreibung geht eine Bewertung bzw. bezogen auf die „weibliche" Geschlechtsrolle eine Abwertung einher. Frauen werden auf den Bereich des sogenannten Privaten und dort auf geschlechtsspezifische, reproduktive Aufgaben verwiesen. Männern wird der Bereich des Öffentlichen und Politischen zugeschrieben. Dieses Verständnis von „privat" und „politisch" beinhaltet, dass der Bereich des Privaten als apolitisch definiert ist und soll Frauen somit vom Politischen ausschließen. Für den Kampf der Neuen Frauenbewegung gegen diese Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, von Produktion und Reproduktion - sowohl innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als auch innerhalb der Linken - steht der Slogan „Das Private ist politisch".
Ausgehend von der persönlichen Erfahrung wurden patriarchale Herrschaftsstrukturen analysiert und als ein wesentliches Herrschaftsinstrument der Zugriff auf Frauenkörper aufgezeigt: Gewalt gegen Frauen, Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit, Vermarktung von Frauenkörpern in der Werbung, Pornografie, Gen- und Reproduktionstechnologien...
Einen weiteren Faktor der patriarchalen Unterdrückung stellt die Ausbeutung der Arbeitskraft von Frauen dar - in Form von gesellschaftlich notwendiger unbezahlter Hausarbeit und niedriger Entlohnung ihrer Erwerbsarbeit.

Nicht nur das Kapital, auch das Militär profitiert vom hierarchischen Geschlechterdualismus, reproduziert und verstärkt ihn. Militärisch relevante Eigenschaften wie Mut, Härte, Zähigkeit, Aggressivität, Tapferkeit etc. werden als maskulin bezeichnet und nicht-militärische Eigenschaften wie Weichheit, Zerbrechlichkeit, Passivität, Fürsorglichkeit und Freundlichkeit als feminin (ab-)qualifiziert. Auch wenn die Geschlechtsrollen „kriegerischer Mann" und „friedfertige Frau" als Gegensatz erscheinen, so ergänzen sie sich tatsächlich und tragen beide zur Erhaltung des Militärischen und der Kriegslogik bei. Abgesehen davon, dass Frauen in kriegerischen Auseinandersetzungen und gewaltförmigen Alltagskonflikten durchaus auch Täterinnen und Mittäterinnen sind, stützt sich die militarisierte Gesellschaftsstruktur immer auch auf ihre symbolischen und praktischen Unterstützungsleistungen kriegerischer Konflikte.
Militärische Zurichtung arbeitet systematisch mit der „Verweiblichungsangst". Deshalb finden sich in der soldatischen Sprache frauenverachtende, frauenfeindliche und homophobe Ausdrücke. Beispielsweise werden im us-amerikanischen Militär von Vorgesetzten während des Drills die Ausdrücke „pussy" „girl","bitch","lady" und „dyke" benutzt, um Soldat_innen abzuwerten und Hierarchie zu erzeugen. Verbreitet sind auch weiterhin sexistische Marschgesänge wie dieser:
„Who can take a chainsaw
Cut the bitch in two
Fuck the bottom half
And give the upper half to you… "

Neben dem Kultivieren extremer Frauenverachtung und Homophobie findet in der militärischen Sozialisation eine Erotisierung von Gewalt statt. So werden z.B. Waffensysteme mit sexualisierter, phallischer Symbolik beschrieben und Soldaten durch das Anschauen von Pornofilmen vor dem Kampfeinsatz auf gewaltsames Eindringen und Erobern „eingestimmt".
Die extremste Form der Herstellung und Vergewisserung von „Männlichkeit" (sowohl im zivilen als auch im militärischen Alltag) ist die Ausübung sexualisierter Gewalt, in der der Körper des Täters als Waffe zur Unterwerfung eingesetzt wird. Die Frauenkörper symbolisieren die vermeintliche Ehre der Männer, ihre „Schändung" demonstriert Macht über die Gegenseite. Vergewaltigung ist eine Kriegsführungsstrategie, die gezielt eingesetzt wird zur Demoralisierung des Gegners, zum Zweck ethnisch motivierter Vertreibungen und als Mittel gesellschaftlicher Unterdrückung.

Heute haben Frauen zunehmend Zugang zum Militär. Sie dienen sowohl in Wehrpflichtarmeen als auch in Freiwilligen- und Berufsarmeen. Der Frauenanteil reicht von weniger als einem Prozent in Polen und Österreich bis zu fast 15 Prozent in den USA und Russland. Im hoch militarisierten Israel wird der

Anteil von Frauen bei den Berufssoldat_innen auf 25 bis 30 Prozent geschätzt. In der BRD sind das angestrebte Ziel 15 Prozent, wovon erst 3 Prozent realisiert sind.
Egal welchen Geschlechts eine_r ist: Ziel der militärischen Sozialisation ist es, die Tötungsbereitschaft bei den Soldat_innen zu erreichen. Sie arbeitet mit Methoden der Entmündigung und Erniedrigung. Mit dem Einzug in die Kaserne und dem Tragen der Uniform werden Individualität und die zivile Identität abgelegt. Durch den militärischen Drill werden die Soldat_innen auf das Denken in Hierarchien und eine Struktur von Befehl



und Gehorsam zugerichtet.
Die Öffnung vieler Armeen für Frauen als Soldatinnen, z.T. auch in Kampfeinheiten, ändert nichts am männerbündischen Charakter von Militär/Armeen, sie setzt nicht den Geschlechterdualismus des Militärs außer Kraft - die Verknüpfung von „Männlichkeit“ und Militär, Mann und Krieger ist nicht aufgehoben.:
- Selbst das fragwürdige Konzept der Gleichstellung wird nicht verwirklicht. Auch in Armeen findet geschlechtsspezifische Arbeitsteilung statt, Soldatinnen arbeiten z.B. oft im Sanitätsdienst, in Unterstützungseinheiten, in der Ausbildung.
- Manche Soldatinnen nehmen einen männlich-militärischen Habitus an, womit sie einerseits militärische Geschlechterrollennormen in Frage stellen, sich ihnen andererseits aber auch unterwerfen.
- Gerade im Militär wird sexualisierte Gewalt und Belästigung häufig als Mittel zur Machtausübung benutzt.
Uns ist es wichtig, die Geschlechterordnung, die darin konstruierten Geschlechterrollen und somit die Zwangszweigeschlechtlichkeit nicht als essentiell, als gegeben und quasi naturhaft verankert hinzunehmen.
Wir finden es nicht sinnvoll, sich im Rahmen einer feministischen, antimilitaristischen Arbeit auf sogenannte „positive weibliche Werte und Eigenschaften“ wie „Friedfertigkeit“ zu beziehen, weil diese Bezugnahme den patriarchalen Entwurf von „Weiblichkeit“ akzeptieren würde, der von vornherein als Ergänzung und Abstützung des „Männlich-Kriegerischen“ angelegt ist.
Aus unserer Sicht stellt die wachsende Beteiligung von Frauen am Militär weniger einen Beweis der Fortschrittlichkeit, als vielmehr ein Symptom für die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft dar.
„Die Funktion des Militärs wird durch Frauen in der Armee nicht in Frage gestellt - das Patriarchat modernisiert sich lediglich und legitimiert die eigenen Institutionen aufgrund gesellschaftlicher Dynamiken und Anforderungen nur neu. So wie eine rassistische Regierung einerseits in Tod, Folter und Elend abschiebt und mit Greencard andererseits jene ins Land holt, die für den Standort Deutschland verwertbar sind, so werden mit einer Olivgreencard Frauen in eine Institution eingelassen, die als exklusiver Männerclub galt.
Die einzige Bedingung: Funktionieren nach patriarchalen Prinzipien: Befehl und Gehorsam, Hierarchien und das Akzeptieren von Gewalt und Mord als Mittel von Konfliktlösung oder Durchsetzung von Machtinteressen.“

Wir wollen keine „geschlechtergerechten“ Armeen - wir wollen die Abschaffung aller Armeen und Militärbündnisse, die der Absicherung imperialistischer Herrschaftsverhältnisse dienen!

Deutsche Verteidigungsarmee adé

Spätestens seit 1999 wurde es immer klarer: die Bundeswehr wird auf allen Ebenen in eine Angriffsarmee umgewandelt. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 war klar, dass es beinhaltete, dass es nie wieder Krieg von deutschem Boden aus geben sollte. Aber die Bundeswehr hat sich längst unter Bruch der Verfassung in eine weltweit agierende Interventionsarmee gewandelt. Nachdem der so genannte „Ost-West-Konflikt“ durch den

Zusammenbruch der Sowjetunion und die Vereinnahmung der ehemaligen DDR nicht mehr als Legitimation für Rüstungsproduktion und Kriegsvorbereitungen dienen konnte, entwickelten sowohl die NATO als auch die Bundeswehr neue Konzepte, die eine offene aggressive Angriffsstrategie darstellen. Begründet wird diese Umwandlung mit der Notwendigkeit der „Durchsetzung des „freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstandes“.**3** In den verbindlichen Richtlinien zur Verteidigungspolitik, dem so genannten „ Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums zählt die Bundesregierung auf, was die Bundeswehr in Zukunft an Aufgaben zu bewältigen hat: Kontrolle der „unkontrollierten Migrationsbewegungen“ und Verhinderung der „Störung des freien Welthandels“, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Rolle der Europäischen Union Militarisierung durch die Hintertür: Der EU-„Reformvertrag“

Die EU hat sich endgültig verabschiedet von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. Und immer mehr ist die EU bereit, weltweite wirtschaftliche Interessen auch militärisch durchzusetzen.
So beinhaltet die EU-Verfassung inzwischen:
- eine Aufrüstungsverpflichtung
- den Verfassungsrang für ein Rüstungssamt („Verteidigungsagentur“ genannt), um diese Aufrüstung zu koordinieren und anzukurbeln
- die Entscheidungsbefugnis des EU-Ministerrates für weltweite Kriegseinsätze – auch ohne UNO-Mandat
- eine militärische Beistandsverpflichtung, die zwingender als die der NATO ist.

Inzwischen ist eine weltweit agierende EUInterventionsarmee aufgestellt worden und EU-Truppen werden immer häufiger in Kampfeinsätze geschickt: Bosnien, Kongo, Tschad, um nur einige Beispiele zu nennen.
Dahinter verbirgt sich die wachsende Bereitschaft, eigene Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Diese Ziele werden im Entwurf für ein europäisches Weißbuch offen benannt: Kriegseinsätze „zum Schutz von Handels-routen und dem Fluss von Rohstoffen“. Dies bedeutet nichts anderes als die Forderung nach unbeschränktem Zugriff auf die Rohstoffe anderer Länder. Die EU auf dem Weg zur Supermacht? Schon jetzt wird auf der politischen Bühne spekuliert, ob die EU versucht die NATO auf Platz 2 zu setzen und die Weltherrschaft an sich zu reißen.

Die Aufrüstungs- und Kriegspolitik ist nicht unabhaengig von den Kriegsstrategien der NATO zu sehen.

Das Militärbündnis NATO

Nach 1991 – dem Zusammenbruch der Sowjetunion, was die Auflösung der UdSSR und des Warschauer Vertrages zur Folge hatte – musste sich die NATO eine neue Legitimation zulegen: 40 Jahre lang begründete die NATO ihre Existenz und Notwendigkeit mit der Wichtigkeit eines Bollwerks gegen den angeblich aggressiven Kommunismus in Gestalt des Warschauer Pakts. Nun wurde ein neues Feindbild aufgebaut: der „internationale Terrorismus“. Mit ihm wird nun alles begründet, was die neue, in ihrer Aggressivität und Brutalität beispiellose - Kriegspolitik der NATO unter der Federführung der USA in Gang setzte: Um ihre Macht- und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, werden Länder bedroht, mit Embargos sanktioniert, wenn sie sich nicht den Bedürfnissen der USA unterordneten, sie werden überfallen, bombardiert und besetzt.

Neue NATO-Strategie nach 1991

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts änderte sich die zuvor begrenzte Rolle der NATO dramatisch: Sie wurde globalisiert.
Zum 50. Jahrestag der NATO 1999 verkündete die NATO eine neue Doktrin. Sie sollte die Organisation zu umfassender Durchsetzung US-amerikanischer und EU-europäischer Interessen befähigen. Von amerikanischer Seite wurde gefordert, dass die NATOStrategie künftig auch mögliche Krisen in der Golfregion oder in der Straße von Taiwan berücksichtigen müsse. Dies bedeutete konkret: zurück zur „Kanonenbootpolitik“ – nur diesmal mit modernsten Angriffswaffen. Seitdem geht es offen um die weltweite „Verteidigung“ der eigenen Interessen. Dabei soll die gewalttätige Interessendurchsetzung gegebenenfalls ohne Rücksicht auf internationales Recht erfolgen.
Die Handlungsfähigkeit der NATO dürfe bei sogenannten vitalen Herausforderungen, so die herrschende Diktion, nicht durch eine UN- oder OSZE-Mandatierung behindert werden. Die Selbstmandatierung der NATO im Kosovokrieg war also keineswegs ein

„Sonderfall“, sondern ein gewaltiger Schritt in Richtung auf die planmäßige Zerstörung internationalen Rechts. Operationen der NATO sollen mithin „im Krisenfall“ (und wann wäre der nicht zu konstruieren?) auch ohne völkerrechtliche Legitimation möglich sein.
Dies heißt im Klartext: Es zählt das Recht des Stärkeren.

Die Liste der Sicherheitsrisiken ist erweitert worden: Neben dem Risiko „des organisierten Verbrechens“ wird „die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte“ neu angeführt (Washington Ziffer 20).
Demnach sieht die NATO ihre Sicherheit durch Flüchtlingsbewegungen beeinträchtigt.

Während sich zur Zeit des Kalten Krieges nur der Warschauer Pakt von der NATO bedroht sehen konnte, können heute alle Länder, die die NATO als „Risikofaktor“ eingestuft hat, ins Fadenkreuz geraten. Der Jugoslawien-Krieg war ein erster Anwendungsfall - bei dem Völkerrecht und UN-Mandat völlig übergangen wurde. Dieses Vorgehen wird im neuen strategischen Konzept verallgemeinert, also als Prinzip verankert. Damit ist die Grundlage für weitere NATO-Kriege nach dem Vorbild des Jugoslawien-Krieges gelegt. Militärische Kooperation, bei der die NATO einem UN-Oberbefehl unterstünde oder der Oberbefehl gemeinsam ausgeübt würde, ist nicht mehr vorgesehen. Die NATO ist in ihrem eigenen Selbstverständnis der UNO nicht länger untergeordnet.

Der Terminus „Krisenbewältigung“ beschreibt die offensive militärische Ausrichtung, zu der die NATO sich nun offen bekennt. In diesem Zusammenhang wurde folgender wichtiger Satz des 1991er-Dokuments gestrichen: „Dieses Strategische Konzept bekräftigt erneut den defensiven Charakter des Bündnisses...“ (Rom,Ziffer 58)

Atomwaffen im neuen strategischen Konzept

Hinsichtlich der Atomwaffen hält die NATO auf absehbare Zeit an der Drohung des nuklearen Ersteinsatzes fest: „Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden.“ Damit ist der Vorstoß des damaligen Außenministers Fischer, auf den Ersteinsatz zu verzichten, erfolglos geblieben. Zuvor hatte er auf der Münchener Wehrkundetagung dafür plädiert, „die Frage der heutigen Rolle und zukünftigen Bedeutung einzelner Aspekte des Nuklearen offen und vorurteilsfrei nach dem Washingtoner Gipfel im Bündnis (zu) diskutieren.“ Nach der Eliminierung der nuklearen Artillerie und der bodengestützten Kurzstreckenraketen, die 1991 in Rom im Strategischen Konzept angekündigt worden war, ist an keine weitere atomare Abrüstung gedacht. Damit steht die NATO-Strategie im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag, der in Artikel VI eine Verpflichtung aller Vertragsparteien vorsieht, „Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens... und zur nuklearen Abrüstung“.

Die verbliebenen Atomwaffen sollen „zur Abschreckung“ beitragen. Auch wenn „die Nuklearstreitkräfte der NATO... nicht länger auf irgendein Land“ zielen, bedrohen sie prinzipiell Nicht-NATO-Länder. Insofern widerspricht die neue NATO-Strategie auch dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 1996, das die Drohung mit Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärte. Während die eigenen Atomwaffen für die NATO eine wichtige militärische Funktion erfüllen, wird es als Sicherheitsrisiko angesehen, wenn sich andere Staaten Atomwaffen samt Trägermitteln beschaffen. Ziel der NATO ist es, eigene Kriegshandlungen trotz vorhandener Massenvernichtungswaffen zu ermöglichen und damit Krieg im Atomzeitalter führbar zu machen.

Krieg nach außen bedingt Krieg nach innen

Nach dem verlorenen letzten Weltkrieg genehmigten die Besatzungsmächte 1949 das Grundgesetz der BRD nur unter der Prämisse, dass darin die Trennung der Vollzugspolizei und der Geheimdienste festgehalten wird und die bundes-polizeilichen Aufgaben strikt begrenzt bleiben müssen. Die BRD sollte nicht mehr in der Lage sein Kriege zu führen. Auch war es bei der Verabschiedung eine Bedingung, dass eine Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben einzuhalten ist. Diese Zeiten sind längst vorbei: heute werden unter dem Vorwand der so genannten Terrorismusbekämpfung diese Grundsätze in ihr Gegenteil verkehrt. Der Staat rüstet gegen seine Bürgerinnen und Bürger auf, der Ausnahmezustand wird bereits täglich gelebt. Eines der letzten Beispiele der –

gesetzlich noch nicht legitimierten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Militär war der Einsatz der Bundeswehr beim G8-Gipfel vergangenen Jahres in Heiligendamm. Zuvor durfte die Bundeswehr bei der Fußball-WM für Sicherheit und Ordnung sorgen. Dem Datenaustausch sind faktisch keine Grenzen mehr gesetzt.
Um Bundeswehreinsätze im Inneren zu legalisieren, gibt es immer wieder Vorstöße, das Grundgesetz zu ändern. Angriffskriege können nur dann ungehindert geführt werden, wenn die eigene Bevölkerung entweder einverstanden ist oder – falls Teile der Bevölkerung sich nicht einnebeln lassen – sie ebenfalls bekriegt wird: weshalb wohl werden unentwegt die Kontrollsysteme ausgebaut und wird schon seit Jahrzehnten die Bekämpfung von Aufständen und Revolten geübt?

[Der „Celler Trialog“
Seit drei Jahren findet in Celle der sogenannte „Celler Trialog“ statt. Der illustre Kreis, der sich da regelmäßig trifft, versteht sich als „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“. Das Treffen wurden initiiert vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller und dem Bundesministerium der Verteidigung, unterstützt durch die I. Panzerdivision Hannover. 2009 zählten neben zahlreichen hochrangigen Militärs und Wirtschaftsbossen u.a. (der inzwischen abgesetzte) Kriegsminister Jung, (inzwischenabgesetzte) Innenminister Schäuble und der Mitautor des aktuellen NATO-Strategiepapiers General a.D. Klaus Naumann zu den Gästen.

Aus dem „Celler Appell“ von 2008:
„Seit der Wiedervereinigung nimmt Deutschland eine gewachsene internationale Verantwortung wahr. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind Ausdruck dieser größeren internationalen Rolle als Beitrag Deutschlands zu Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt“...
1. zur Vertiefung des Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sollen künftig einmal im Jahr auf einem nationalen Forum
.... weitere Schritte beschlossen werden. Damit wollen wir allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Bundeswehr Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion geben.
2. Wir starten eine Initiative insbesondere zur Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Vertiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit ...
3. Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften,
praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr“.

Der „Celler Trialog“ ist Teil einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft und der zunehmend kriegerischen Außenpolitik der BRD.
Beim Celler Trialog werden geostrategische Ausbeutungs- und Machtinteressen des deutschen Kapitals konkretisiert und koordiniert.
Auf nationaler Ebene hat der Trialog eine vergleichbar herausragende Bedeutung wie die regelmäßig stattfindende NATOSicherheitskonferenz in München auf internationaler Ebene. Seit zwei Jahren wird in Celle von einem Aktionsbündnis bundesweit gegen diese Treffen mobilisiert. Mit vielfältigen Protestformen tragen die Gegnerinnen und Gegner dieses Kreises Ihren Protest auf die Straße.
Das nächste Treffen des „Celler Trialog“ findet 2010 in Kiel statt. Laut einer Pressemitteilung der Commerzbank steht die 1. Panzerdivision Hannover bis 2012 nicht mehr als Partnerin zur Ausrichtung des Trialogs zur Verfügung, da sie sich in diesem Zeitraum auf Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan vorbereiten müsse. Wahrscheinlich wird an ihre Stelle der „Marinegroßverbund Einsatzflottille 1“ treten, der seinen Sitz bei Kiel hat.]

Die Zusammenarbeit zwischen Militär und zivilen Stellen

Die „ZMZ“ („Zivil-militärische Zusammenarbeit“, auch „Vernetzte Sicherheit“ genannt) wird immer weiter ausgebaut. Um nur ein paar gravierende Beispiele zu nennen:
- An Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen wird immer mehr zivile und militärische Forschung miteinander verknüpft
- Es wird eine Art „Heimatschutz-Ministerium“ eingerichtet. Hierfür wurden schon unter dem Kommando von schnell mobilisierbaren 5500 Reserve-Offizieren Tausende Reservisten in Bereitschaft versetzt und das Einzugsalter von 45 auf 60 Jahre heraufgesetzt
- Das Gesundheitswesen wird für die

Zwecke der Kriegsvorbereitung eingebunden durch Verträge zwischen öffentlichen Krankenhäusern und der Bundeswehr
- Hilfsorganisationen, Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk werden im Bedarfsfall dem Kommando der Bundeswehr unterstellt
- Die Deutsche Post soll in Zukunft eingespannt werden zur Versorgung des Militärs mit Bekleidung. Das Tochterunternehmen DHL hat es schon seit einigen Jahren übernommen, Rüstungsgüter in Kriegsgebiete zu transportieren
- „Bundeswehr und Wirtschaft – eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat“ - Unter diesem Titel wurden eine Reihe von Kooperationen zwischen Militär und Wirtschaft beschlossen
- Die Bundeswehr will in Zukunft „als wichtiger Arbeitgeber und bedeutsame Ausbildungseinrichtung ihren Teil zur Lösung der Arbeitsmarktproblematik beitragen.
Dafür kommen Werbe-Offiziere an Schulen und Universitäten und halten Vorträge, um für den „Dienst an der Waffe“ Propaganda zu machen. Auf den Arbeitsämtern werden Jugendliche unter 26 Jahre gezwungen, ein extra eingerichtetes Büro aufzusuchen, wo sie von einem Bundeswehrangestellten angeworben werden sollen.
Inzwischen ist die Bundeswehr auch auf Messen häufig mit einem eigenen Stand vertreten.
Krieg soll im Bewusstsein zu einem „sozial akzeptierten und für den Erhalt des deutschen Volkes notwendigen Fakt“ werden. Und das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit dient der Beseitigung der Grenzen zwischen Krieg und Frieden, zwischen Militärischem und Zivilem.

Militarisierung der Gesellschaft

Um die Voraussetzungen für Kriegsführung nicht nur logistisch, sondern auch ideologisch zu erreichen, ist eine Gesellschaft notwendig, die die Ausbeutung anderer Länder und Angriffskriege mitträgt. Dazu werden von den Herrschenden verschiedene Mittel auf unterschiedlichen Ebenen benutzt:
- Die Umverteilung von unten nach oben führt zu Verarmung und Arbeitslosigkeit. Dadurch entsteht für die Betroffenen der Druck sich sich schlechten oder unerwünschten Bedingungen anzupassen oder auch in zivilmilitärischen Bereichen zu arbeiten.
- Immer mehr zivile Institutionen arbeiten in militärischen Strukturen mit
- Die Gleichschaltung der Medien wird forciert: Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze der Bundeswehr werden als nützlich und notwendig dargestellt.
- Die Basis des patriarchalen Systems wie Abwertung von allen, die nicht der heterosexuellen, christlich sozialisierten Norm entsprechen, wird zugespitzt.

Wenn wir genau hinschauen, sehen wir: Militärist im täglichen Leben ständig präsent und aktiv: Paraden, Kranzniederlegungen, öffentliche Gelöbnisse, Militär-Flugshows, Tage der Offenen Tür, Errichtung eines Denkmals für „die gefallenen Soldaten“, ...

Begriffe wie „Ehre“, oder „Nationaler Stolz“ und parallel dazu Aussagen wie die von Helmut Kohl (Ex-Bundeskanzler der BRD) nach der Annexion der DDR, Deutschland habe mit seiner Geschichte abgeschlossen und könne jetzt wieder seine Weltmachtrolle wahrnehmen, lassen böse Erinnerungen und schlimme Vorahnungen wach werden. Das Volks-zugehörigkeitsgefühl wird wieder ganz groß geschrieben und eine Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland bot ideale Voraussetzungen das deutsche Nationalgefühl wieder aufleben zu lassen. Da reiht es sich nahtlos ein, dass es jetzt wieder eine „Tapferkeitsmedaille“ für deutsche Soldaten gibt, die im Ausland im Einsatz sind.

Grundlagen, die die Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise für Angriffkriege ermöglichen, sind verinnerlichtes patriarchales, nationalistisches und rassistisches Gedankengut.
Da Krieg führen auch als Männlichkeits-beweis dient, wird häufig von einer „Remaskulinisierung“ der Gesellschaft gesprochen: So wird bei der Mobilisierung für Kriege stets an die „Männlichkeit“ appelliert.
Erfahrungsgemäß wird eine Gesellschaft umso sexistischer, je militarisierter sie ist.
Im Alltag zeigt sich das an vielen Stellen: Werbung mit dürftig gekleideten Frauen und sexistischen Sprüchen, zunehmende Nutzung pornografischer Seiten im Internet, die Umgangssprache wird immer sexualisierter, usw.
Die Aggression im täglichen Umgang steigt und wird vor allem gegenüber Frauen und Menschen nicht deutscher Herkunft ausgeübt. Konkret heißt das, ständig wachsam gegenüber direkten oder verdeckten Angriffen zu sein und stets mit der Angriffslust von einzelnen

Männern oder Männergruppen rechnen zu müssen.
Vor allem Fußballgroßereignisse bieten die Möglichkeit, Nationalstolz, Rassismus und Sexismus in beliebiger Kombination im allgemeinen Einvernehmen ausleben zu können.

Der neue Kolonialismus

Kapitalismus funktioniert nicht ohne Krisenund Kriege

Die kapitalistische Wirtschaftsweise kommt immer wieder an ihre Grenzen. Einerseits werden seit dem letzten Jahrhundert Produktionsstätten in die Länder des Südens oder – seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – nach Osteuropa ausgelagert, um dort möglichst billig produzieren und damit Gewinne einfahren zu können; andererseits haben die Menschen in den Industrieländern nicht mehr das Geld, um die Produkte zu kaufen.

Claudia von Werlhoff sagte dazu sehr treffend:
“Wir sind heute in der Situation, dass Demokratie, Friede und Wohlstand auch dort, wo sie nach dem letzten Weltkrieg wieder entstanden sind, vor unseren Augen zerrinnen und statt dessen eine Verarmung und Zerstörung begonnen hat, die immer kriegerischere Züge annimmt.
Meine These: Die Logik des Krieges ist es, neues Wachstum zu schaffen. Also immer dann, wenn unser System ökonomisch an seine Grenzen stößt, ist es bereit, den Krieg zur Durchbrechung dieser Grenzen einzusetzen.“
Sie unterscheidet dabei einerseits zwischen Raub von Reichtümern anderer Länder durch Besetzung und Aneignung und andererseits der militärischen Zerstörung eines Gebietes, wo dann der so genannte Wiederaufbau des zuvor Zerstörten neues Wachstum schaffen kann.
Um dies in ausreichendem Maße umsetzen zu können, steigt der Rüstungsetat: so ist die BRD inzwischen der weltweit drittgrößte Waffenexporteur!

Rosa Luxemburg drückte es folgendermaßen aus:
„Im Rüstungssektor tritt an Stelle einer großen Anzahl kleiner, zersplitterter und zeitlich auseinander fallender Warennachfragen … eine zur großen, einheitlichen kompakten Potenz zusammengefasste Nachfrage des Staates. In Gestalt der militaristischen Aufträge des Staates wird die zu einer gewaltigen Größe konzentrierte Kaufkraft .. der Willkür, den subjektiven Schwankungen der persönlichen Konsumtion entrückt....Endlich befindet sich der Hebel dieser Kapitalakkumulation in der Hand des Kapitals selbst.“



Da die deutsche Wirtschaft zu fast 100% von Rohstoffen anderer Länder und Importen abhängig ist, liegt deren Interesse nach freiem Zugang zu diesen Rohstoffen auf der Hand. So hat der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) auf seinem 2. Rohstoffkongress im März 2007 die Einrichtung eines „Interministeriellen Ausschusses Rohstoffpolitik gefordert, der sich der Anliegen der Industrie annehmen solle. Frau Merkel hat diesen Wunsch natürlich erfüllt. So reden Christian Ruck (Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und seit der Wahl 2009 Bezirksvorsitzenden der Augsburger CSU) und Christian Schmidt (Staatssekretär im Verteidigungsministerium) davon, eine nationale Gesamtstrategie zu entwickeln. „Diese sollte Antworten darauf finden, welche Weltregionen ... für den Zugang zu den für unsere Wirtschaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen besonders wichtig sind und für die Sicherung unserer Energieversorgung eine wesentliche Rolle spielen.“

Damals Kolonialismus, heute Globalisierung

Nachdem im vorletzten Jahrhundert die Herrschaftder europäischen Kolonialstaaten offiziell zu Ende ging, findet die Ausbeutung der ehemaligen Kolonien weiterhin auf wirtschaftlicher Ebene mit Unterstützung von Institutionen

wie IWF und Weltbank und später WTO statt.
Globalisierung heißt für die Industrieländer, weltweite Freihandelszonen zu errichten, sich in jedem beliebigen Land der Erde an deren Bodenschätzen bedienen zu können und die Bevölkerung über Privatisierung zum Beispiel der Gesundheitsfürsorge und dem Zugang zu Wasser, der Monopolisierung und Patentierung von Saatgut oder Pflanzen auszubeuten.
Heute wird Ausbeutung durch die Industrieländer nicht nur immer tief-greifender, sondern auch von europäischer Seite aus offen militaristischer.



Der gleiche alte Rassismus

Die rassistische Komponente aus der Kolonialzeit setzt sich heute fort. War es früher das Konstrukt der „überlegenen weißen Rasse“ so wird heute unter Ignorieren der wahren, imperialistisch verursachten Gründe für Unruhen, Gewalt und Bürgerkriege die Theorie der selbstverschuldeten Konflikte hervorgeholt. Die ausgebeuteten Länder wären deshalb „auf den Import von Staatlichkeit angewiesen“ und die westlichen Länder müssten bereit sein, „sich auf bewaffnete Pazifierungen ganzer Regionen einzulassen“ (Herfried Münkler in „ Die neuen Kriege“).
So genannte „gescheiterte Staaten (failed states) sollen westliche Demokratie und damit Stabilität verordnet bekommen. In Legitimationsdeutsch heißt das „Stabilitätsexport“.
Weiterhin wird behauptet, dass Rückzugsgebiete und Ausbildungslager von Terroristen vorzugsweise in den Gebieten lägen, in denen die staatlichen Strukturen zusammen gebrochen wären. So steht im Weißbuch der Bundeswehr (25. Oktober 2006 verabschiedet):“ Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internationalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terroristische Organisationen“.

Entsprechend dieser Propaganda hat Deutschland bei der Zerstörung von Staaten wie Jugoslawien, Irak und Afghanistan mitgewirkt. Während dort tausende Menschen getötet und obdachlos wurden, erfreuen sich hier Kriegswirtschaft und am Wiederaufbau beteiligte Firmen am Profit.
Max Boot: „Afghanistan und andere unruhige Gebiete schreien heute nach der Art aufgeklärter ausländischer Verwaltung, die einstmals von selbstbewussten Engländern in Reiterhosen und Tropenhelmen bereitgestellt wurde.“
Francis Fukuyama: “Angesichts der Tatsache, dass es in vielen gescheiterten Ländern nur ein niedriges Niveau oder gar keine Staatlichkeit gibt, ist nicht klar, ob es eine wirkliche Alternative für ein quasi permanentes, quasi-koloniales Verhältnis zwischen der internationalen Gemeinschaft und den begünstigten Ländern gibt“.

Rassismus ist Teil eines kapitalistischen und patriarchalen Gefüges

Rassismus gibt es, seit es Kriege gibt. Mit den Eroberungszügen der Europäischen Seefahrer, dem Aufbau von Kolonien und dem Konstrukt der „primitiven“ Schwarzen, Indios und so genannter Indianer, wurde ein weltweiter Rassismus aufgebaut, der noch heute innerstaatliche Verhältnisse und die weltweiten Machtverhältnisse bestimmt. Dieser latente oder offene Rassismus ist jederzeit abrufbar, lenkbar und wird von Politik und Medien entsprechend benutzt.

Unter Ausnutzung dieser ständig wiederholten Zuschreibungen können rassistische Klischees gefestigt und zur notwendigen Zeit verwendet werden. Diese Bilder greifen natürlich auch gegenüber den hier ankommenden Flüchtlingenund MigrantInnen.
Medien und Politik halten den Rassismusaufrecht: Über das Schüren der

Terrorismusangst soll jeder muslimisch aussehende Mensch zur potentiellen Bedrohung werden.

Pseudofeministische Propaganda

Die herrschenden Politiker und Politikerinnen benutzen scheinbar feministische Argumente,um Ihre Kriegseinsätze zu rechtfertigen.
Bereits im Jugoslawienkrieg wurden Massenvergewaltigungen als Rechtfertigung für die militärische Intervention benutzt und leider sind auch viele Frauen dieser Kriegspropaganda aufgesessen.
Ebenso konnte der Einmarsch der USA in Afghanistan erfolgreich als ein Krieg für die Rechte der von radikalen Islamisten unterdrückten Frauen verkauft werden. Viele Frauenorganisationen in Europa haben sich dadurch verunsichern lassen und zum Teil sogar die Militäreinsätze für richtig befunden. Tatsächlich ist es so, dass sich für die Frauen in Afghanistan nichts zum Positiven verändert hat seit der Besatzung durch die „internationale Gemeinschaft“. Amnesty international hat in ihrem Report „Women still under attack“ bereits 2007 bilanziert, dass Frauen nach wie vor fast rechtlos sind, 80% Analphabetinnen sind, dass fast jede Frau von Gewalt bedroht ist, dass dort eine der höchsten Sterblichkeitsraten für Mütter besteht, weil Männer vielfach medizinischer Hilfe nicht zustimmen. Im März 2009 – kurz vor den Wahlen – unterzeichnete der afghanische Präsident Karsai ein Gesetz, das die Schiiten ihm vorlegten: das Gesetz verbietet Frauen jede „unnötige“ Beschäftigung (Arbeitsverbot) oder das Verlassen des Hauses „ohne Einverständnis des Gatten“. Des weiteren gibt es einen Vorstoß ein Gesetz zu verabschieden, das Vergewaltigung in der Ehe legalisiert, indem die Frauen zum Geschlechtsverkehr mit ihrem Ehemann verpflichtet werden sollen. Im Irak wird diese negative Entwicklung für die Frauen ebenso deutlich: der Irak zählte – laut der irakischen Frauenorganisation OWEI – vor dem Sturz Sadam Husseins in Sachen Frauenrechte zu den Vorreitern der Länder in der Region.
Seit der Besatzung durch die USA wird der Fundamentalismus installiert und immer mehr
Frauen werden in ihren ehemals erworbenen Rechten beschnitten und müssen um ihr Leben fürchten. So hat der von den Besatzern eingeführte irakische Regierungsrat das
vorhergehende Familienrecht teilweise außer Kraft gesetzt und die Scharia eingeführt.

Um solchen vermeintlich feministischen Argumenten von Seiten der Kriegstreiber etwas
entgegenhalten zu können, ist es notwendig, eine klare Analyse zu den Herrschaftsverhältnissen zu haben, die einerseits die Profitgier der Herrschenden hinter deren Propagandalügen erkennt und andererseits sich die Auswirkungen eines Krieges in dem betroffenen Land vor Augen führt. (Auch das ist ein Teil der Kriegspropaganda: dass die Kriegsberichtserstattung nur noch Reporter zeigt, aber keine Bilder mehr von verletzten, sterbenden oder flüchtenden Menschen, die das Elend eines Krieges in die
Wohnzimmer holt. Denn es ist viel leichter, die Unterstützung zum Kriegführen zu erhalten,
wenn dieser Krieg abstrakt bleibt.)



Widerstand ist nötig - Widerstand ist möglich!

Aus dieser Analyse wird klar: Widerstand ist dringend geboten! Für uns setzt sich Widerstand aus drei Faktoren zusammen: Organisierung, Strategie (und damit der Theorie) und Praxis

1. Organisierung

Ein gewisses Maß an Protest und Widerstand von einzelnen Personen, ja sogar einzelnen
Gruppen können sich die kapitalistischen (und auch die faschistischen und diktatorischen)
Patriarchate „leisten“.
Je nach System wird das unterschiedlich gehandhabt.
In den sogenannten demokratischen Patriarchaten werden größere Proteste und

Widerstand in einem begrenzten Rahmen zugelassen (z.B. als eine halbe Million Menschen während der Nachrüstungsproteste der Friedensbewegung 1981 auf die Straße gingen). Dieser Spielraum wird geboten, damit Empörung artikuliert werden kann und somit den Anschein bekommt, beachtet zu werden. Tatsächlich ist niedrigschwelliger
Protest in den so genannten Demokratien ein Instrument, die Unzufriedenheit mit dem
System oder auch nur einzelnen Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung zu integrieren, zu kanalisieren und letztendlich ins Leere laufen zu lassen. Für Viele Demonstrierenden hat dieses: einerseits zulassen, andererseits verpuffen lassen, zur Folge, dass sich so das Gefühl festsetzt, „man kann ja sowieso nichts ändern“.

Sobald Protest jedoch zum Widerstand wird, sobald er organisiert abläuft, sobald er kontinuierlich ist und /oder dem System inhaltlich gefährlich wird oder werden könnte – sobald er also nicht mehr zu kanalisieren und zu integrieren ist, ist es schnell vorbei mit dem angeblichen Recht auf Widerstand!
Dazu hat der Staat eine Unmenge von Institutionen und Apparaten – die beständig ausgebaut werden -, um den Widerstand wirkungslos werden zu lassen, zu spalten, zu kriminalisieren oder anderweitig massiv zu bekämpfen. Ausgrenzung, Vereinzelung und Spalten spielen dabei immer eine große Rolle. Denn Patriarchat bedeutet: teile und herrsche.

Ausgrenzung und Vereinzelung spielen aber nicht nur in der Unterdrückung von Widerstand eine große Rolle, sondern sind Teil der patriarchalen Gesellschaft schlechthin: Wohngemeinschaften und Wohnprojekte, die aus politischer Motivation und einem Bedürfnis nach kollektivem Leben entstanden sind, werden weniger bzw. lösen sich ganz auf. Individualisierung und Konkurrenz, vom Staat gewollt und angeschoben, nehmen zu. Jede und Jeder soll nur noch an sich denken und den eigenen Vorteil. Der Kampf gegeneinander für den eigenen Vorteil ist fester Bestandteil des Patriarchats. Entsolidarisierung und Egozentrismus auf Kosten von Anderen oder von Natur(ressourcen) werden zur „Normalität“.

Viele von uns sind schon lange in den linken politischen Zusammenhängen, haben dort bei den verschiedensten Aktivitäten mitgewirkt, positive und negative Erfahrungen gesammelt.
Wir finden es wichtig, dass diese Erfahrungen nicht verloren gehen, dass Fehler nicht ständig wiederholt werden und gelungene Aktionen in die Planung für neue Strategien einfließen können. Organisierung ermöglicht uns, einen roten Faden in unsere politische Arbeit zu bekommen, anstatt isoliert voneinander dieselben Überlegungen zu machen ohne voneinander zu wissen. Organisierung bedeutet für uns, effektiver zu arbeiten, im Austausch miteinander zu sein, ein „kollektives Bewusstsein“ zu entwickeln, um handlungsfähig und interventionsfähig zu werden.
Um das zu erreichen, halten wir es für notwendig, gemeinsame Ziele, Erfahrungen aus der
bisherigen Praxis und verschiedene Ansätze zusammen zu tragen und daraus eine Plattform zu entwickeln. Auf dieser Basis wäre eine organisierte, gemeinsame feministische Politik möglich. Organisierung geht also über punktuelle Bündnisse, die zeitlich begrenzt sind hinaus und
soll eine kontinuierliche Gegenmacht aufbauen entwickeln.

Ganz besonders wichtig ist uns die feministische Organisierung:
Der gesellschaftliche backlash bezüglich Sexismus zeigt sich auch im Zurückdrängen der
einstmals antisexistischen Kriterien innerhalb der Linken. Es ist zu beobachten, dass vor
allem die männlich sozialisierten und sich selbst als Männer bezeichnenden Menschen wieder mehr entweder offen, versteckt, provokant oder sonstwie sexistisch auftreten. Daran zeigt sich, dass den meisten ein wirkliches Interesse fehlt, ihre Privilegien, mit denen sie in der patriarchalen Gesellschaft ausgestattet wurden, abzugeben.
Wir wollen keine Energie mehr in nervenaufreibende und letztendlich unproduktive Kämpfe gegen die sexistischen Strukturen in gemischten Zusammenhängen stecken. Deshalb organisieren sich einige von uns ausschließlich in FrauenLesbenTransgender- Zusammenhängen, einige auch in anderen antipatriarchalen Zusammenhängen.

2. Strategie

Viele Gruppen empfinden ihre politische Arbeit als nicht verhältnismäßig

gegenüber der Herrschaftspolitik. Während die Mächtigen dieser Welt in rasantem Tempo immer neue Strategien zur Unterdrückung und Ausbeutung entwickeln und umsetzen, haben wir keine entsprechenden Handlungsstrategien, um dem etwas Wirksames entgegen zu setzen.
Aus diesem Ohnmachtsgefühl heraus kann dann schnell Aktionismus werden (alles scheint wichtig) oder die Konzentration auf ständiges Theoretisieren (es werden immer wieder neue Texte gelesen und/oder diskutiert, um „die Lösung“ zu finden), wobei dann oft der Bezug zur Realität verloren geht bzw. verloren gehen kann.
Mangelnde Erfolgs-erlebnisse führen dann oft zu Frustration und Resignation und können bewirken, dass Gruppen sich auflösen und Einzelne ganz aufhören Widerstand zu leisten.
Wir denken, dass es schon längst an der Zeit ist, eine Strategie bezüglich unseres Widerstandes zu entwickeln. Denn nur damit können wir die Antworten für unseren Widerstand und eine zukünftige herrschaftsfreie Gesellschaft finden.

Dabei denken wir, dass es nicht **die eine** Strategie gibt. Aber das Arbeiten daran ist uns wichtig: das Diskutieren und Austauschen mit- und untereinander und ein gemeinsames Umsetzen der dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen. Das ist nicht nur für uns, sondern für den linken Widerstand insgesamtwichtig.
Eine Strategie kann kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele haben. Sie sollte auch unsere Vorstellung von einer herrschaftsfreien Gesellschaft enthalten, und zwar im weltweiten Kontext gesehen.
Eine Strategie sollte Schwachstellen und Angriffspunkte des Systems heraus arbeiten und damit unseren Widerstand effektiver und wirkungsvoller machen. Sie sollte eine positive Alternative zum Patriarchat darstellen und bestenfalls eine ansteckende Wirkung auf andere haben.

3. Praxis

Uns ist eine eigenständige feministische Praxis wichtig, weil sie unserer Meinung nach in den meisten (gemischten) Zusammenhängen fehlt.
Deswegen werden wir als linke autonome radikale Feministinnen immer wieder den patriarchalen Aspekt benennen, offensichtlich machen und unsdazu verhalten. Das wünschen wir uns auch für den gesamten (antimilitaristischen) Widerstand.
Wichtig ist uns eine antipatriarchale Praxis aber auch, um tatkräftig gegen die menschen- und frauenverachtende Politik zu agieren (und nicht nur darüber zu reden), um solidarisch zu sein, um Sand im Getriebe des herrschenden Systems zu sein.

Uns ist durchaus bewusst , dass der organisierte Widerstand in der BRD gerade alles andere als berauschend ist, aber auch gerade deswegen ist es uns wichtig daran zu arbeiten dass wir (wieder) mehr werden, dass unser Widerstand anfängt zu greifen und wir eine Alternative zu den herrschenden Machtstrukturen aufbauen.
Uns ist ebenfalls wichtig, dass wir unseren Widerstand international begreifen, denn eine Widerstand, der sich nur auf das eigene Land und nicht auf die weltweiten Bedingungen und Kämpfe bezieht, blendet viele Realitäten aus und isoliert sich selbst.

Es ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass sich die radikale Linke mit internationaler Solidarität schwer tut: auf der einen Seite hat die Niederlage der Sowjetunion und damit der Wegfall der realsozialistischen Bündnisse zu einer massiven Schwächung der weltweiten Befreiungsbewegungen geführt. Auf der anderen Seite sind die linken Zusammenhänge in der BRD verunsichert, da das Freund-Feind-Bild nicht mehr eindeutig zu sein scheint: Die weltweit Unterdrückten und Ausgebeuteten (bzw. ihre Organisationen und Führenden von Bewegungen) sind nicht immer diejenigen,



die für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpfen. Um nur ein Beispiel zu nennen: So ist der Widerstand in Afghanistan gegen die Besatzung der NATO zwar legitim, jedoch hat die führende Kraft des Widerstandes, die fundamentalistischen Islamisten zum Ziel, eine reaktionäre Gesellschaft zu errichten. Unter dieser Voraussetzung können und wollen wir uns nicht auf sie beziehen. Diese Verunsicherung führt in der Linken oft zu Nichtverhalten oder gar zu reaktionären Positionen. So haben z.B. Teile der Linken den Militäreinsatz der NATO in Jugoslavien begrüßt).

Deswegen finden wir es wichtig, sowohl die jeweiligen Kriegsgründe zu benennen, z.B. sie als imperialistische , neo-koloniale Eroberungskriege zu entlarven und gleichzeitig antipatriarchale Ansätze zu unterstützen.

Internationale Solidarität - wichtiger denn je!

Internationale Solidarität können wir auf verschiedenen Ebenen zum Ausdruck bringen:
Unsere eigene Praxis sollte immer wieder internationale Zusammenhänge herstellen bzw. diese mit berücksichtigen. Kontakte zu feministischen, antipatriarchalen und revolutionären Bewegungen, Gruppen und Organisationen hier und in anderen Ländern ermöglichen Austausch und Diskussion. Letztendlich können sich dadurch Handlungsstrategien entwickeln, die gemeinsam getragen und umgesetzt werden können.

Aus zurückliegenden Erfahrungen wissen wir, dass es nicht immer leicht ist eine gemeinsame Ebene herzustellen. Vielleicht wäre es hilfreich aus diesen Erfahrungen die Konsequenz zu ziehen selbst Kriterien zu entwickeln, die als Grundlage für solche Kontakte dienen können. Das heißt konkret: Unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen (kulturell, geschichtlich, politisch) die jeweiligen Vorstellungen in ein Gesamtkonzept zusammen zu fassen.

Auch wenn wir unsere Strategie noch diskutieren und unsere Organisierung sich noch im Aufbau befindet, gibt es vieles , was wir tun können!
Wir haben uns für den Schwerpunkt antipatriarchalen antimilitaristischen Widerstand entschieden,
- weil die Militarisierung einer Gesellschaft permanent und immer wieder Kriege produziert und produzieren wird
- weil von der BRD wieder Kriege ausgehen und wir diese weder akzeptieren noch ignorieren wollen
- weil diese Kriege immer mehr so laufen, dass die Zivilbevölkerung angegriffen wird (mittlerweile kommen in Kriegen mehr Zivilpersonen ums Leben als Soldatinnen und Soldaten)
- weil diese Kriege der Bereicherung der (wenigen) Reichen dienen
- weil sie der Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch, Tier und (Natur)ressourcen dienen
- weil diese Kriege, auch wenn sie nicht im eigenen Land geführt werden, immer auf Kosten von sozialen Errungenschaften geführt werden
- weil dadurch noch mehr Menschen zu Flüchtlingen werden
- weil die Migrationspolitik von seiten der reichen Länder zunehmend militarisiert wird und wir dort einen Ansatz für praktische internationale Solidarität sehen
- weil jeder dieser Kriege und die damit verbundene zunehmende Militarisierung die Geschlechterzuordnung verschärft und
- weil damit die Bedingungwen für eine antipatriarchale Alternative massiv verschlechtert

Diese Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig und erhebt auch keinen Anspruch darauf. Uns ist es lediglich wichtig, einige unserer Gründe zu benennen und offen(sichtlich) zu machen.

Wir wollen mit euch zusammen kommen, uns vernetzen, uns organisieren, fantasie- und kraftbringende Aktionen machen. Auch macht es uns Mut, dass sich wieder mehr Gruppen und Einzelpersonen mit dem Thema Antimilitarismus beschäftigen und Einige auch eine eindrucksvolle Kontinuität und Praxis haben.
Daran möchten wir anknüpfen und einen neuen starken antipatriarchalen Widerstand
aufbauen!

FÜR EINE ANTIPATRIARCHALE REVOLUTION!

Der kleine Ticker...

12. Januar 2010, Prozess eingestellt

Die Stühle reichen nicht mal für die Hälfte der ca. 100 Besucherinnen und Besucher. Für die Demonstration in der Walpurgisnacht konstruierte die Polizei eine besondere Gefahrenlage und marschierte in großer Zahl auf: Am nächsten Tag, dem 1. Mai 2009, wollten nämlich Neonazis durch Hannover marschieren, und die Frauen vom Walpurgisnachtbündnis hatten sich in ihrem Aufruf ausdrücklich auch gegen die Provokation der Rechten positionierte Die Staatsanwaltschaft klagte die Anmelderin an, gegen drei Auflagen verstoßen zu haben: Sie habe nicht dafür gesorgt, dass die Straßenbahnschienen frei blieben, Transparente seien länger als vier Meter und miteinander verknotet gewesen, darüber hinaus seien auch noch Glasflaschen im Demonstrationszug gesichtet worden. Das Verfahren wurde gegen eine Zahlung von 150 Euro an eine migrantische Frauengruppe aus Hannover eingestellt.

Dezember 2009, Einstellung im Verfahren wegen „Farbanschlag“ auf Biwakgäste

Beim diesjährigen Sommerbiwak der 1. Panzerdivision ist es drei Antimilitaristinnen erstmalig gelungen innerhalb des weiträumig abgesperrten Stadtparks Aktionen durchzuführen. Neben einem antimilitaristischen Transparent und Parolen soll es dabei auch zu einem „Farbanschlag auf Festgäste“ (BILD) gekommen sein. Konkret wurde einer Antimilitaristin mehrfache Sachbeschädigung vorgeworfen. Sie soll die Abendgaderobe mehrerer Biwak-besucher_innen mit Kunstblut bespritzt haben. Erstaunlicher Weise hat der polizeiliche Staatsschutz die Ermittlungen nun Sang und Klanglos eingestellt.
Vermutlich hatten die „Geschädigten“ kein Interesse an dem mit der Strafverfolgung verbundenem Aufwand sowie der Öffentlich-keit eines Gerichtsprozesses.
Auch die Verfahren gegen die beiden anderen Antimilitaristinnen sind eingestellt.

08. Dezember 2009, AntiKriegskonzert vor Kirche war erfolgreich

Das antimilitaristische Konzert, von 90 Krachmusikant_innen war hunderte Meter weit zu hören und dürfte den Panzer-freund_innen und scheinheiligen Kriegsprediger_innen zumindest die erste Hälfte ihres Adventskonzertes vermiest haben. Besonders erfreut zeigte sich der Antimilitaristische Aktionskreis, über die Teilnahme von Anwohner_innen und Mitgliedern der Neustädter Kirchengemeinde.Mehr zu Bundeswehr in der Kirche auf Seite …..

06. Dezember 2010, Versuch einer Kirchenbesetzung

Im Anschluss an eine Veranstaltung mit der EKD-Vorsitzenden Margot Käßmann begannen ca. 20 Antimilitarist_innen eine Mahnwache gegen Militarismus und Krieg in der Neustädter Kirche. Der Anlass dafür ist das Krieg verherrlichende Adventskonzert der 1. Panzerdivision Hannover am 08.12.2009. Die Cops befanden sich schon im Eingangsbereich, als Verhandlungen mit dem Vorstand und Dr. Käßmann noch liefen. Ca. 20 Polizisten betraten kurz danach die Kirche und verfrachteten 12 Aktivist_innen unsanft ins Gewahrsam- 12 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch. Mehr zur Kirche und Bundeswehr auf Seite ….

Antifa Info Abend zur Situation politischer Gefangener im Baskenland

Am 18. März jährt sich der internationale Tag der politischen Gefangenen. Mit diesem Tag soll das Bewusstsein für die Situation von politischen Gefangenen weltweit geschärft und die Solidarität mit ihnen zum Ausdruck gebracht werden. Dies nehmen wir zum Anlass um den Blick auf die Situation im Baskenland zu richten. Hier besteht seit Jahrzehnten ein politischer Konflikt, der in der hiesigen Öffentlichkeit vor allem als Auseinandersetzung zwischen spanischen und französischen Sicherheitsbehörden und der bewaffneten Untergrundorganisation ETA wahrgenommen wird. Die Medien reduzieren den Konflikt auf "Terrorismus" und Straßenschlachten.

Neben einem Überblick über die Geschichte und die aktuelle Situation des Konflikts wird es um die Lage der linken politischen Bewegungen gehen, deren AktivistInnen im Baskenland Organisationsverboten, Knast, Folter und gezielten Morden ausgesetzt sind.Der Referent ist Aktivist der "Freundinnnen und Freunde des Baskenlandes" (www.info-baskenland.de).

Do. 18 März 2010, UJZ Korn, 20 Uhr

Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Hannover [AAH].

5 Jahre...

...Protest und Widerstand!
...pöbeln, stören, angreifen!
...vom Vermiesen zum Verhindern?!

Sommerbiwak
07.08.2010 Actionday

Gemeinsam gegen das Militärspektakel im Stadtpark!

Kommt nach Hannover!

TÜREN ZERTRÜMMERT
Stein-Anschlag auf Bundeswehr-Gebäude

Farbanschlag auf Polizei
Biwak-Gegner bekennen sich
Von Vivien-Marie Drews

Biwak-Gegner beschmieren Denkmäler
Acht Taten entdeckt

Proteste beim Sommerbiwak
Aktivisten mü

Demonstranten schleudern Farbbeutel auf Soldaten

Brandanschlag auf Sommerbiwak im Stadtpark

Brandsatz enthielt Benzin
Bundeswehrgegner wollten Stadtpark anzünden
Von Vivien-Marie Drews

Proteste beim Biwak

Neue Presse
So liest man heut

Polizei muss Bundeswehr schützen

Jetzt hier kaufen!

Biwak-Gegner drohen Bundeswehr
Möglicher Brandanschlag im Stadtpark / „Bekennerschreiben" spricht von „Kriegserklärung"

Gestern Abend, 19.10 Uhr: Randale beim Konzert der Bundeswehr. 40 Polizisten im Einsatz

CHAOTEN stürmen Marktkirche

Autonome Szene feiert Erfolg

Die Gegner feiern, dass das Militärkonzert in der Marktkirche abgesagt wurde. Andere sehen ein Einknicken vor Krawallmachern.

Chaoten blockieren Kirche

„Stadt behindert Arbeit linker Gruppen"
Streit um Mietvertrag für das Friedensbüro

Chaoten stören Bundeswehr-Biwak

Anschlag von Biwak-Gegnern
Hannover: Aus Protest gegen das Sommerbiwak haben Unbekannte in der Nacht zu Sonnabend Scheiben des Kreiswehrersatzamtes eingeworfen. Seite 11

6000 Gäste feiern

Demonstranten pfeifen Besucher aus

Ein Fest mit zwei Gesichtern

Bürgermeister wird auf Plakaten attackiert

KRIEGSGERÄT INTERESSIERT UNS BRENNEND!
FÜR DIE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN ANTIMILITARIST_INNEN!

FARBANSCHLAG AUF FESTGÄSTE

Wiederentwaffnung jetzt sofort!

Sommerfest mit Störungen

Denkmäler beschmiert

antimilitarismus.blogsport.de
Infos zur aktuellen Mobilisierung, Kontakt und Archiv;
Verwendete Bilder/Artikel: Biwak 2008-2009
Adventskonzert 1. PD 2007-2009
Karrieretruck 2009

ViSdP: S. Oldat-Aufs, Maulstr. 3, Hannover